

DER DRITTE WEG

Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)

— ein programmatischer Beitrag
für die grüne Bewegung

— *erstellt zum Programmkongreß
der GRÜNEN im März 1980 in
Saarbrücken*

von TRISTAN ABROMEIT

Hrsg. ARBEITSKREIS DRITTER WEG NWO / DIE GRÜNEN / per Anschrift:
Georg Otto, Gänseberg 11, 31079 Eberholzen / neu formatierter Nachdruck vom
Dez. 2003 mit ein paar Anmerkungen / Die Schrift ist in mehreren Auflagen erschienen.
Umschlaggestaltung von Swantje Abromeit)

Inhalt

Der Dritte Weg NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG (NWO)
ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung

- (Seite) < Die Seitenangaben beziehen sich auf das Datei-Format „sdw“.>
- 1 (4) Der Dritte Weg
 - 1.1 (4) - was ist damit gemeint?
 - 1.2 (4) - was hat er zu leisten?
 - 1.3 (5) - gibt es verschiedene?
 - 1.4 (6) - ist er erforderlich?
 - 1.5 (8) - wie lange und in welchem Umfang wird er schon diskutiert?

 - 2 (11) Beschreibung der Position Dritter Weg
Natürliche Wirtschaftsordnung
 - 2.1 (11) Herkunft
 - 2.2 (11) Theoretische Schwerpunkte
 - 2.3 (11) Politische Umsetzung
 - 2.4 (12) Einordnung der Position
 - 2.5 (15) Beurteilung in der Wissenschaft

 - 3 (16) Das ökologische, soziale, dezentrale
und gewaltfreie Programm
 - 3.1 (16) Einführung in das Programm
 - 3.1.1 (16) Beschreibung des Prinzips "aktive Toleranz"
 - 3.1.2 (17) Funktion des Programmes
 - 3.1.2.1 (17) Keine Gesetzesvorlage
 - 3.1.2.2 (18) Diskussionsbeiträge
 - 3.1.2.3 (18) Einübung aktiver Toleranz
 - 3.1.2.4 (18) Punktuelle Mitwirkung
 - 3.2 (19) Ökologie - Ökonomie, Probleme der Technologie
und Lösungsansätze
 - 3.2.1 (19) Problembeschreibung
 - 3.2.2 (20) Grundsätze
 - 3.2.3 (21) Verursacherprinzip / Was ist umweltschädlich?
 - 3.2.4 (22) Lösungsansätze
 - 3.3 (22) Ökonomie
 - 3.3.1.1 (22) Einschätzung unseres Wirtschaftssystems
 - 3.3.1.2 (24) Zielvorstellungen
 - 3.3.2.1 (25) Konjunktur / Arbeitslosigkeit
 - 3.3.2.2 (26) Inflation / Währung national und international
 - 3.3.2.3 (27) Vermögens- und Einkommensverteilung
 - 3.3.2.4 (27) Energie
 - 3.3.2.5 (29) Landwirtschaft und Fischerei
 - 3.3.2.6 (30) Bodenrecht, Wohnrecht und Bodenschätze (Rohstoffe)
 - 3.3.2.7 (34) Wettbewerb/Konzentration/Subventionen/Berufsmonopole
 - 3.3.2.8 (36) Patentrecht
 - 3.3.2.9 (37) Außenhandel / Dritte Welt
 - 3.3.3.1 (38) Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände
 - 3.3.3.2 (40) Arbeitszeit / Ladenöffnungszeiten

- 3.3.3.3 (41) Fremd-, Mit- und Selbstbestimmung
- 3.3.4 (42) Soziales Netz
- 3.3.4.1 (42) Probleme
- 3.3.4.2 (44) Lösungen
 - (44) - Krankenversicherung
 - (45) - Arbeitslosenversicherung
 - (45) - Altersversorgung
 - (46) - Sozialhilfe
 - (46) - Nächstenliebe
- 3.3.5 (47) Verkehr
- 3.3.5.1 (47) Ursache und Lösungstendenz der Verkehrsprobleme
- 3.3.5.2 (48) Nahverkehr
- 3.3.5.3 (49) Die Post als Monopolanstalt
- 3.4 (50) Kultur
- 3.4.1.1 (50) Einschätzung unserer gesellschaftlichen Kulturlandschaft
- 3.4.1.2 (51) Die Zielrichtung
- 3.4.2 (51) Bildung
 - 3.4.2.1 (51) Schulen / Universitäten
 - 3.4.2.2 (53) Berufsausbildung
 - 3.4.2.3 (55) Erwachsenenbildung
- 3.4.3 (55) Kunst und Kunsthandwerk
- 3.4.4 (56) Medien
- 3.4.5 (57) Sport und Medizin
- 3.4.6 (58) Religionsgemeinschaften
- 3.5 (58) Der Staat
- 3.5.1 (58) Einschätzung und Zielvorstellungen
- 3.5.2 (59) Gewaltenteilung
- 3.5.3 (60) Rechtspflege
- 3.5.4 (61) Parteien
- 3.5.5 (61) Außenpolitik
- 3.5.6 (62) Verteidigungspolitik
- 3.5.7 (62) Steuern und Aufgabenverteilung der staatlichen Gliederungen
 - (64) Nachtrag vom Dezember 2003 / Arbeitskreis / Archiv /
Internet-Adressen, Zeitschriften / Fußnoten als Endnoten (?)
 - (66) Stichworte Gesell, Silvio von Oreste Popescu
aus Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
 - (71) Nachtrag zur Gliederungsziffer 3.4.2 Bildung , 12/ 2003
(Rückgriff auf FDP-Papiere aus 1972 und 1974)

*Es ist gewiß, daß keine Musik komponiert,
kein Gemälde gemalt und kein Gedicht ge-
dichtet würde, wenn nicht der Trieb, auf
andere zu wirken, im Menschen läge.*

Carl Maria von Weber

*... keine Partei gegründet, kein Programm
geschrieben würde, wenn ...*

1 Der Dritte Weg

=====

1.1 - was ist damit gemeint?

Der Begriff DRITTER WEG bezieht sich im engeren Sinn auf die Wirtschaftsordnung und im weiteren Sinn auf die gesamte Gesellschaftsordnung. Er drückt die Suche oder das Wissen um eine dezentrale Art der Kooperation und Koordination der Einzelmenschen und ihrer Aktivitäten aus, die nicht auf Privatkapitalismus oder Staatskapitalismus, die nicht auf unterwerfendem Kollektivismus oder atomisierendem Individualismus, nicht auf

Wachstumswang oder Stagnationsarmut beruht.

Der Dritte Weg will ermöglichen, das ökologische Ziele realisiert werden können. Der Dritte Weg will die Ausbeutung des Menschen und der Natur durch den Menschen durch freiheitlich orientierte Regelmechanismen unmöglich machen. Der Dritte Weg will nicht zuletzt eine Gemeinschaftskultur ermöglichen, die in individueller Freiheit und Selbstbestimmung ruht.

1.2 - was hat er zu leisten?

Dritte-Weg-Theoretiker haben als erstes eine brauchbare Analyse der Entstehung des Privat- und Staatskapitalismus zu liefern. Dies ist nicht möglich, ohne vorher den Marxisten das Interpretationsmonopol für gesellschaftliche Zustände zu nehmen. ¹

Nach Wilhelm Röpke „treten uns im ganzen vier Hauptfragen entgegen, die alle voneinander verschieden sind und von denen jede ihre eigene Antwort fordert: 1. die Ordnungsfrage, 2. die Sozialfrage, 3. die politische Frage der Machtverteilung und 4. die moralisch-vitale Frage, ...“ ... „Damit ist folgendes gemeint: Es ist sehr wichtig, daß wir eine wohlgeordnete, eine ergebige und eine gerechte Wirtschaft haben, aber es ist mindestens so wichtig zu fragen, wie es dabei dem Menschen moralisch, geistig und in allen denjenigen Beziehungen geht, die den eigentlichen Sinn seines Lebens und die Voraussetzung seines Glücks ausmachen.“

... „Dieser 'Dritte Weg' der Wirtschaftspolitik ist vor allem auch ein Weg des Maßes und der Proportion. Es gilt, unsere Gesellschaft mit allen Mitteln vom Rausch der großen Zahlen, vom Kult des Kolossalen, von Zentralisierung, Überorganisation und Standardisierung, vom Pseudo-Ideal des

'Noch größer und noch besser', von Vermassung und Mammutgebilden zu befreien und wieder auf das Natürliche, Menschliche, Spontane, Ausgeglichene und Mannigfaltige zurückzuführen. Es gilt, eine Epoche abzuschließen, in der die Menschheit im Triumph der Technik und Organisation und im Gefühl unendlichen Wachstums und ungehemmten Fortschritts den Menschen selbst mit seiner Seele, seinen Trieben, Nerven, Organen vergessen hatte, ...“ ²

1 s. Walter Thomas „Dritte Ordnung“ in Zeitschrift für Sozialökonomie 42./43. Folge, Dez. 29, Chr. Gauke Verlag

2 Wilhelm Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, 9. Auflage 1961, S. 316 ff.

1.3 - gibt es verschiedene?

In der Zielbeschreibung formulieren die Dritte-Weg-Vertreter alle ähnlich. Bei den Plänen für den Bau des Dritten Weges sind erhebliche Unterschiede festzustellen. Wilfried Heidt als Vertreter des Internationalen Kulturzentrums Achberg meint etwas anderes als Ota Sik, der dort auch als mitarbeitender Gast anzutreffen ist. Und die Aussagen der Freiwirte zum Dritten Weg decken sich nicht mit denen von Ota Sik. Dies kommt zum Ausdruck in der unterschiedlichen Kapitalismusanalyse und z. B. auch in der unterschiedlichen Einstellung zu den Begriffen Markt, Wettbewerb und Leistung. Es kann hier keine vergleichende Darstellung geboten werden, dies ist eine spätere Aufgabe.

Für die Freiwirtschaft ist hier zu sagen, daß sie wie der Ordo-Liberalismus neben der Zentralverwaltungs- oder Kommandowirtschaft und der Verkehrs- oder Marktwirtschaft keinen weiteren (reinen) Typ der Kooperations- und Koordinationsform für möglich hält. Der Dritte Weg der Freiwirtschaft besteht daher in der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Befreiung der Kultur aus den Klauen des omnipotent gewordenen Staates.

1.4 - ist er erforderlich?

Die meisten ökologischen Probleme sind verursacht worden durch Fehlentwicklungen in der theoretischen und praktischen Ökonomie. Diese Fehlentwicklung hat nicht ihre Ursache in der Böswilligkeit der Ökonomen. John Strachey schreibt in dem 1957 veröffentlichten Buch „Kapitalismus heute und morgen“ über die Bedeutung der Nationalökonomie: „Zudem sind ihre Probleme so überaus schwer zu lösen - nicht etwa, weil sie von Natur aus verwickelt sind, sondern weil das Bemühen um nationalökonomische Erkenntnis auf besonders schwierige psychologische und emotionale Hemmnisse trifft. Blinde und heftige Klassenvorurteile und Leidenschaften stehen hier dem Verstehen im Wege.“ ... Er sieht das Wirken der Ökonomen „wie

Smith, Ricardo, Marx und Keynes“ als einen dialektischen Prozeß, der den ökonomischen Bestandteil einer Soziologie aufbaut, „die es uns schließlich ermöglichen mag, die Tätigkeit und das Funktionieren unserer Gesellschaften zu kontrollieren und zu steuern.“

„Aber eines ist sicher“ - schreibt Strachey weiter -: „der Reichtum, die Vielfaltigkeit und die Wunder des westlichen Erbes lassen sich nur durch Fortentwicklung bewahren.“ ...“Die wahren Konservativen werden deshalb auch unbarmherzige Neuerer und Bilderstürmer sein müssen und in gewissem Sinne auch sein; ...“

Aber: "Eine Analyse der bestehenden Gesellschaft wird immer nur dann leben, wenn sie erfüllt und beseelt ist vom Trachten und Streben nach sozialer Fortentwicklung. Dieses Trachten läßt sich im religiösen wie auch im weltlichen Sprachgebrauch zum Ausdruck bringen. So vermag es sich als erstes also auf die christliche Ur-Botschaft, an das Altertum zu gründen, nämlich auf die Botschaft, daß die Menschen in einem gewissen Sinne alle von gleichem Wert sind und solche fundamentale Gleichwertigkeit unvereinbar mit der Sklaverei ist,“ ...

„Heutzutage stellen wir diese revolutionäre Botschaft in den weiteren Rahmen, daß die fundamentale Gleichwertigkeit der Menschen unvereinbar mit der Spaltung unserer Gemeinschaften in soziale Klassen ist.“...

"Zugleich können wir Inspiration in den großen weltlichen Formulierungen unserer Ideale suchen: wir könnten unsere Aufgabe als zweiten Versuch begreifen, hier auf Erden jene Trinität der Begriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu verwirklichen, die sich die Menschen schon einmal zum Beginn der Neuzeit zum Ziele gesetzt hatten.

Es ist uns jetzt ein leichtes, zu erkennen, wie naiv man sich vor 150 Jahren doch mit der Annahme gezeigt hatte, daß es nur des Hinwegfegens der alten Tyranneien bedürfe, um diese drei Ideale zusammen und gleichzeitig realisieren zu können. Die Männer von 1798, die ein Arkadien einfach dadurch schaffen zu können vermeinten, daß sie jeglicher Form des Individualismus die Zügel schießen ließen, schufen in Wirklichkeit den Kapitalismus. Und die Männer von 1917 begründeten im Glauben, die Verheißungen des Sozialismus zu erfüllen, lediglich die gepanzerten Regime des starren und gewalttätigen Kommunismus.“³

Besser kann man wohl gar nicht die Notwendigkeit eines Dritten Weges begründen, als dieser 1901 geborene englische sozialistische Schriftsteller aus konservativem Haus. Der Begriff Dritter Weg kommt allerdings bei ihm nicht vor.

1.5 - wie lange und in welchem Umfang wird er schon diskutiert?

Bisher wurde schon deutlich, daß die Diskussion um den Dritten Weg ihren Ausgangspunkt in praktischen und theoretischen Mängeln des Kapitalismus und des (real existierenden) Kommunismus hat. Alle jene, die sich nicht einfach damit begnügten, dem jeweils kleineren Übel die Stachelspitzen abzufeilen, sondern einen Ausweg aus der teuflischen Alternative Staatskapitalismus / Privatkapitalismus suchten und suchen, können wir als Dritte-Weg-Vertreter bezeichnen. Dabei ist klar: Wer neue Wege sucht, kann auch Irrwege gehen. Vielleicht sucht einer unserer grünen Freunde ein lohnendes Thema für eine Diplomarbeit oder eine Dissertation. Eine Auflistung und ein Vergleich der verschiedenen Ansätze würde den Grünen bei ihrer Suche nach einer ökologischen Ökonomie sehr behilflich sein.

³ John Strachey, Kapitalismus heute und morgen, 1957, S. 284 ff.

In dem Aufsatz von Walter Thoms „Die dritte Ordnung“ von 1975⁴ wird auf den Titel „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“ von Carl Jentsch hingewiesen. Dieses Buch erschien bereits 1893. Aber schon einige Jahre vorher hat Theodor Hertzka in seinem Staatsroman „Freiland“ versucht, einen neuen Weg zu beschreiben. Im Vorwort zur ersten Auflage von 1889 schreibt er u. a.: „Wenn es möglich ist, die Produktivkapitalien von Gesamtwegen beizustellen, ohne damit weder das Prinzip der vollen individuellen Freiheit, noch das der Gerechtigkeit zu verletzen, wenn der Zins beseitigt werden kann, ohne daß kommunistischer Zwang an seine Stelle tritt, dann steht der Verwirklichung der freien sozialen Ordnung fernerhin kein sachliches Hindernis mehr im Wege.“⁵

Da Hertzka den Einstieg in seinen Dritten Weg über die Bodenrechtsproblematik gefunden und die gängigen Vorstellungen über den Kapitalzins übernommen hatte, konnte er im ersten Ansatz seinen Dritten Weg nicht ausformulieren. Er schreibt hierzu: „Sich von altgewohnten Vorstellungen loszureißen, ist an sich unendlich schwer, und wenn nun noch dazu kommt, daß diejenigen, welche diese alten Vorstellungen bekämpfen, mit ihren Angriffen Punkt für Punkt Unrecht haben, so geschieht nur zu leicht, daß man die Schwäche des Angriffs mit der Unangreifbarkeit der fraglichen Dinge verwechselt. Und so erging es mir. Weil ich einsah, daß alles, was bisher gegen Kapital und Kapitalzins gesagt wurde, durchaus falsch sei, so hielt ich mich der Notwendigkeit überhoben, nochmals und selbständig zu untersuchen, ob es keine besseren, wahrhafteren Argumente gegen die absolute und dauernde Notwendigkeit des Zinses gebe. Da nun in Wirklichkeit der Kapitalzins mit frei vergesellschafteter und auf den Prinzipien vollkommener wirtschaftlicher Gerechtigkeit eingerichteter Arbeit ebensowenig verträglich ist, als Grundrente und Unternehmergewinn (hier = Nicht-Arbeitsertrag d.

4 Walter Thoms s. a.a.O.

5 Theodor Hertzka, Freiland, 1889, neunte Auflage, S. XIV (Im Original zum Teil gesperrt geschrieben.)

V.), so konnte es mir infolge dieses fundamentalen Irrtums auch nicht gelingen, über Beschaffenheit und Wesen der auf dem Prinzip der freien Vergesellschaftung basierenden zukünftigen Organisationsformen befriedigende Vorstellungen zu erlangen.“⁶ Hertzka erwartet vor der Jahrhundertwende noch, daß bei der Befreiung der Technik vom Kapitalismus, diese den Menschen von der eintönigen Sklavenarbeit befreie. Aber an mehreren Stellen kommt sein erstaunlich entwickeltes Umweltschutzbewußtsein zum Ausdruck. Auch beweisen seine Ausführungen zur Pädagogik, daß Dritte-Weg-Theoretiker keine eindimensionalen mechanistischen Wege propagieren.

Auch der Bodenreformer Adolf Damaschke ist als Dritte-Weg-Theoretiker einzustufen. Dem Einleitungskapitel in seinem Buch "Die Bodenreform" hat er die Überschrift „Weder Mammonismus noch Kommunismus“ gegeben. Dabei ist Mammonismus ein Synonym für Kapitalismus. Er schreibt u. a.: „Nach der mammonistischen Auffassung ist im großen und ganzen alles so gut eingerichtet, wie es auf dieser unvollkommenen Erde nur sein kann. 'Unwissenschaftlich', 'utopisch' ist nach ihr jeder Versuch, eine dauernde durchgreifende Besserung in der Lebenshaltung aller Volksschichten herbeizuführen. Mit Unrecht legt sich diese Auffassung oft den Namen *l i b e r a l* bei. Die großen Vorkämpfer der liberalen Wirtschafts-Auffassung, die Physiokraten und Adam Smith erstrebten die Beseitigung aller Sonderrechte und Monopole, weil die wirtschaftliche Freiheit die Mutter aller wirtschaftlichen Harmonie war: in einer wahrhaft freien Wirtschaftsordnung müsse der gesellschaftliche Wohlstand und seine gerechtere Verteilung wachsen. Aber diese von glühender Hoffnungsfreudigkeit getragene Lehre ist bisher nie ehrlich durchgeführt worden.“⁷

6 Theodor Hertzka a.a. O., S. XI

7 Adolf Damaschke, Die Bodenreform, 20. Auflage, 1923, S. 17 ff.

2 Beschreibung der Position Dritter Weg / NWO

Natürliche Wirtschaftsordnung

2.1 Herkunft

Der Begriff „Natürliche Wirtschaftsordnung“ ist der Titel des Hauptwerkes des Wirtschafts- und Sozialreformers Silvio Gesell. Gesell lebte von 1862 bis 1930, er ist nicht über ein reguläres Studium zur Ökonomie gekommen, sondern hat sich wie viele berühmte Ökonomen das Fachwissen autodidaktisch erworben. Er hat seine Erkenntnisse aus der Praxis gewonnen und hat für die (wirtschaftspolitische) Praxis geschrieben und gehandelt.

Seine erste Schrift hat er unter dem Titel „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“ 1891 in Buenos Aires veröffentlicht. Seine Erkenntnisse sind offensichtlich originär. Im Nachhinein stellten er und seine Mitstreiter fest, daß er für Teile seiner Erkenntnisse und Lehren durchaus Vorläufer hatte. Dies betrifft insbesondere die Quantitätstheorie des Geldes. Hier kann eine Kette gebildet werden, die mit Moses beginnt, die Diogenes (412 - 323 v. Chr.), Oresme (1325 - 1382), Kopernikus (1473 - 1543) u. a. als Glieder hat. Milton Friedman wurde in unseren Tagen für die Wiedereinführung dieses Wissens in die Politik mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

2.2 Theoretische Schwerpunkte

Die Gesellsche Analyse zeigt, daß die Hauptursachen in unseren gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, in der Fehlkonstruktion unseres Geldes und im Bodenmonopol liegen.

2.3 Politische Umsetzung

Ab dem Jahre 1900 konnte Gesell mit Freunden, die er gefunden hat, eine freiwirtschaftliche Bewegung aufbauen. Er selbst war in der kurzlebigen Rä-

terepublik 1919 Finanzminister. Mit voller Gewißheit können wir sagen, daß mit dem theoretischen Rüstzeug der Freiwirtschaftsschule die wirtschaftlichen und damit die politischen Krisen in diesem Jahrhundert vermeidbar gewesen wären. Die Last dieses Wissens hat manchen alten Freiwirt unduldsam und verbiestert gemacht. Freiwirte haben immer wieder versucht, unter persönlichen Opfern schreibend und handelnd die Politik positiv zu beeinflussen. So z. B. Karl Walker - der ein gefeierter Arbeiterliterat hätte sein können, wenn er gängige verblende literarische Ware geliefert hätte - mit seinem Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ 1931. „Die Indexwährung im Marshall-Plan“ und „Die neue soziale Ordnung“ wurden 1948 vom Freiwirtschaftsbund veröffentlicht.

1951 wurde von Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach die „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ herausgegeben, wobei unter sozialer Marktwirtschaft etwas ganz anderes verstanden und beschrieben wurde als die Zustände, die heute diesen Namen tragen. Die Vielzahl der freiwirtschaftlichen Veröffentlichungen können den Archivkatalogen, die im Anhang näher beschrieben sind, entnommen werden. Ebenfalls ist im Anhang das Stichwort „Gesell, Silvio“ aus dem Handwörterbuch der Sozialwissenschaften wiedergegeben.

2.4 Einordnung der Position

Wie ist nun die Natürliche Wirtschaftsordnung innerhalb der politisch-sozialen Strömungen einzuordnen? Und als was versteht sie sich?

Gesell schreibt dazu im Vorwort zur dritten Auflage des Buches NWO:

„Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa

von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn Menschenwerk kann schließlich nur zusammen mit dem Menschen zur Höhe streben. 'Der Mensch ist das Maß aller Dinge', darum auch Maß seiner Wirtschaft."

Da Gesell die Ausbeutungsrate, den Kapitalertrag auflösen will und die Ausbeutungsursache in der Zirkulation sieht, ist er wie Proudhon (1825 - 1865) ein Zirkulations-Sozialist, im Gegensatz zu Marx, der ein Eigentums-Sozialist ist.

Die Freiwirtschaft hat aber auch in sich anarchistische (herrschaftslose) Elemente. Gesell selber hat 1927 die Schrift „Der abgebaute Staat“ veröffentlicht. Die Betonung des Marktes als ein Instrument der Freiheit und der wirtschaftlichen Effektivität ist eine typische liberale Komponente. Manche Freiwirte haben der Lehre auch eine christliche Ausformung gegeben. Eine

so breit angelegte Lehre verträgt keinen Dogmatismus. In den Büchern „Jenseits von Macht und Anarchie“ (A. hier im Sinne der Umgangssprache als Terrorismus gebraucht) von Heinz Hartmut Vogel und „Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus“ von Lothar Vogel ist die natürliche Wirtschaftsordnung eine harmonische Ehe mit der Anthroposophie Rudolf Steiners eingegangen.

Aufgrund der verschiedenen geistigen Wurzeln ist die Position NWO ohne Anbiederung im besten Sinne bündnisfähig.

Bücher wie: „Der Dritte Weg“ von Ota Sik, „Die Alternative“ von Rudolf Bahro, „Anarchie Staat Utopia“ von Robert Nozick, „Föderalismus - Die demokratische Alternative“ von Karl Hahn, „Kapitalismus und Freiheit“ von Milton Friedman, „Der Kapitalismus von Morgen“ von Lepage (Friedman und Lepage verwenden Kapitalismus unkorrekterweise als Synonym für Marktwirtschaft) und „Untergang eines Mythos“ von Yoshito Otani können wir als eine Hinführung zur Natürlichen Wirtschaftsordnung verstehen.

Die breit angelegte Position NWO hat aber auch dazu geführt, daß diese Lehre von allen Seiten angefeindet wurde, weil sie nicht in das Beurteilungsschema der verschiedenen Ismusse für das Urteil „gut“ paßte.

Aufgrund der Mißerfolge bei der politischen Realisierung der NWO haben sich mancherorts oder zeitweise sektiererische Züge bei den Vertretern der NWO herausgebildet. Jene, die das Anliegen als einen wissenschaftlichen Auftrag oder als politische Not-Wende (Notwendigkeit) ernsthaft weiterbringen wollten, machten die Erfahrung, daß die Arbeit erschwert wurde, weil die Begriffe Gesell, Freiwirtschaft und Natürliche Wirtschaftsordnung inzwischen mit Vorurteilen belastet waren. Es wurde der Inhalt vorgetragen,

ohne den Absender auf der Packung zu nennen. Verwirrung war häufig die Folge. Es wurden neue Begriffe gebraucht wie „freisozial“, „konsequenter Monetarismus“, „konsequente Marktwirtschaft“ und „Neo-Physiokratie“. Die Folge war ein Identitätsverlust.

Die Begriffe Natürliche Wirtschaftsordnung und Freiwirtschaft bezeichnen immer noch den Inhalt am besten und passen auch treffend zur Ökologiebewegung. Der freie Wirt, der mit den Gütern der Natur haushält.

2.5 Beurteilung in der Wissenschaft

Wie wird nun die NWO in der Wissenschaft beurteilt? Es sieht trübe aus. Es gibt einige positive Urteile - es wird gleich noch eines zitiert -, viel Unkenntnis, einiges Weiterreichen negativer Vorurteile und auch böswillige Unterdrückung. In der „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Prof. Siegfried Wendt (1961) kommen z. B. die Begriffe Gesell und Freiwirtschaft nicht vor. In dem Buch „Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith ...“ von Maurice Dobb (1977) ist nicht mehr zu lesen als „... der obskure Geldreformer Silvio Gesell“, ...

John Maynard Keynes, auf dessen Theorie die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte in der westlichen Welt beruhte, schreibt in seinem Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (S. 300):

"Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist Gesells Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, ob schon es durchweg von einer leidenschaftlichen, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit

durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. Der Anteil Henry Georges, obschon ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Stärke und der Bewegung, ist von ganz untergeordnetem Interesse. Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbes, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zu Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden.“

3 Das ökologische, soziale, dezentrale und gewaltfreie Programm

3.1 Einführung in das Programm

3.1.1 Beschreibung des Prinzips „aktive Toleranz“

Die grüne Bewegung wird getragen von Menschen verschiedener geistiger und politischer Herkunft. Sie repräsentieren verschiedene wissenschaftliche Disziplinen und Schulen. Dieser Umstand ist auf den ersten Blick einer wirkungsvollen ökologischen Politik hinderlich, erweist sich aber beim näheren Hinsehen als die Stärke der Grünen, wenn die erforderliche aktive Toleranz von den Mitgliedern in allen Gliederungen praktiziert und den Wäh-

lern verständlich gemacht wird.

Aktive Toleranz ist mehr als die Duldung verschiedener Positionen in bezug auf Problembeschreibung und -lösungen. Sie anerkennt, daß die Probleme unserer Gesellschaft und Welt heute so komplex sind, daß sie weder von einer Disziplin, noch von einer Schule gelöst werden können. Jeder prüft, ob er die Aussagen des anderen als Baustein für seine Beschreibung der besseren Zukunft verwenden kann. Widersprüche verschiedener wissenschaftlicher Schulen werden als willkommener Anlaß oder als Kontrollinstrument zur Überprüfung der eigenen Aussagen verstanden.

Aktive Toleranz besagt aber nicht, daß die Grünen einfach eine Mixtur der verschiedenen Denkergebnisse als ökologisches Programm ausgeben. Unsere Welt steckt heute in einer Krise, weil im Denken und Handeln zu viele und zu große Irrtümer waren. In der Vielfalt der Ideen und Positionen in der Einheit der Grünen sind ebenfalls sicher zahlreiche Irrtümer vorhanden. Die Grünen verzichten darauf, durch Mehrheitsbeschlüsse darüber zu entscheiden, was wahr und was irrig ist. Sie versuchen, durch den Dialog die Widersprüche aufzulösen. Der Irrtum wird auf diese Weise zum Baustein des Fortschrittes.

3.1.2 Funktion des Programmes

3.1.2.1 Keine Gesetzesvorlage

Ein Programm einer politischen Partei ist selbstverständlich keine Gesetzesvorlage. Es orientiert vielmehr die Mitglieder, Mandatsträger und Wähler einer Partei über die zu einem bestimmten Zeitpunkt von der Mehrheit getragene Zielrichtung der Partei.

Erstmals in der Parteiengeschichte der BRD haben es DIE GRÜNEN

fertig gebracht, das Recht von Minderheiten, ihre Voten innerhalb von der Gesamtpartei einzuhaltenen Grundsätze zu formulieren und zu veröffentlichen, satzungsgemäß im § 5 abzusichern. Dieser mutige Entschluß der Gründungsversammlung hätte eigentlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient gehabt, die die Doppelmitgliedschaft auf sich gezogen hat.

3.1.2.2 Diskussionsbeiträge

Wenn sich ein normales Programm, das von Mehrheitswillen einer sich neu entwickelten politischen Kraft ausdrückt, die Konkurrenzparteien aufscheuchen kann, um so mehr wird die alternative Programmgestaltung der GRÜNEN durch die Schaffung eines Mehrheits-Programmes und die Ermöglichung von Minderheitsprogrammen die politische Diskussion beleben. Die Wissenschaften werden herausgefordert, Stellung zu beziehen. Die Wähler werden offen über die Strömungen und Tendenzen innerhalb der Grünen informiert.

3.1.2.3 Einübung aktiver Toleranz

Dadurch, daß den jeweiligen Minderheiten kein Maulkorb umgehängt wird, findet die aktive Toleranz ihre praktische Anwendung. Die Grabenkämpfe um die Weichenstellung in bezug auf die Zielrichtung der Partei werden unwirksam gemacht. Denn sollte es noch gelingen, durch Manipulation für bestimmte Aussagen im offiziellen Programm Mehrheiten zu bekommen, so kann nicht mehr verhindert werden, der parteiinternen und -externen Öffentlichkeit die tatsächlichen oder vermeintlichen besseren Argumente der Minderheiten zu unterbreiten. Dies gilt auch, wenn Mehrheiten aufgrund mangelnder Einsicht Beschlüsse fassen. Die Toleranz von Einzelnen und Gruppen gegenüber fraglichen Formulierungen im offiziellen Programm wird größer werden, weil diese durch die Minderheitsvoten relativiert werden können und daher nicht mehr als so tragisch empfunden werden.

3.1.2.4 Punktuelle Mitwirkung

Aber die programmatischen Veröffentlichungen der GRÜNEN - besonders durch die Ermöglichung der Minderheitsvoten - zeigen auch den Sympathisanten, wo sie finanziell oder durch praktische Mitarbeit fördernd in die Entwicklung der GRÜNEN eingreifen können. Dies kann geschehen durch zweckgebundene Spenden, mit denen z. B. bestimmte Fragestellungen vorangetrieben werden sollen, oder durch Mitarbeit in Arbeitsgruppen, in denen bestimmte Programminhalte verhandelt werden.

3.2 Ökologie - Ökonomie, Probleme der Technologie und Lösungsansätze

3.2.1 Problembeschreibung

Die Ökonomie ist in den Verdacht geraten, sie sei eine Lehre darüber, wie unsere Erde am zweckmäßigsten zu Lasten künftiger Generationen und anderer Lebewesen mit Hilfe der Technik ausgeplündert werden könne. Dies ist ein Verdacht, der durch Zeugnisse führender Ökonomen und auch durch die verwandtschaftlichen Begriffsinhalte von Ökonomie und Ökologie entkräftet werden kann.

Doch die Verstrickung der Ökonomen in Widersprüchen, die Fesselung durch herrschende Lehrmeinungen haben bewirkt, daß sie insgesamt als Fachwissenschaft nicht einmal die vordergründigen Probleme des Alltages lösen konnten. Schlimmer noch, sie gaben in der Vergangenheit immer wieder Empfehlungen, die gegen ihr eigenes Wollen gerichtet waren und die Welt in Kriege und Umweltkatastrophen führten. Mahnende Stimmen von Außenseitern der Ökonomie fanden in der Gesellschaft keinen Resonanzboden. Die Ökologie setzt andere Akzente in der Haushaltkunde der Menschen und der Natur. Doch Erkenntnisse der Ökologie können erst dann wirksam beachtet werden, wenn die ökonomischen Alltagsprobleme gelöst

sind. Wenn in jüngster Zeit in Berlin durch zahlreiche Bürger versucht wurde, die Abholzung eines Waldes - der als Risiko für einen Flugplatzbetrieb hingestellt wurde - zu verhindern, so hätten die gleichen Leute in den Nachkriegsjahren den Vorgang bejubelt. Wenn der Frost an den Beinen hochkriecht, ist es schwer, an künftige Generationen zu denken oder ökologische Prinzipien zu beachten.

Seit es die Gattung Mensch gibt, hat sie Werkzeuge (des Aufbaues und der Zerstörung) entwickelt und in die Natur, ihre Umwelt, eingegriffen, und sie wird es auch weiterhin tun, tun müssen. Aber die Gattung Mensch ist als einzige in der Lage, sich selber als Teil der Natur zu begreifen und die Wirkungen ihres Tuns zu beobachten und zu beurteilen. Das heißt, der Mensch ist verantwortlich für das, was auf unserer Erde durch sein Wirken geschieht. Der Mensch ist aber auch so veranlagt, daß er künftige Gefahren z. B. aus der Anwendung neuer Techniken nicht so bedrohlich fühlt, wie z. B. die gegenwärtige Gefahr der Arbeitslosigkeit. Dies ist z. B. die Ursache dafür, daß Rüstungs- und Atomprogramme soviel Zustimmung finden. Es gehört schon viel geistige Kraft dazu, künftige Gefahren - auch wenn sie groß sind - höher einzuschätzen als die gegenwärtigen. Mehrheiten sind für die Abwendung künftiger Gefahren nur schwer zu erhalten, wenn nicht gleichzeitig meßbar die gegenwärtigen Gefahren abgebaut werden.

3.2.2 Grundsätze

Folgender Grundsatz sollte sich in allen politischen Handlungen der Grünen widerspiegeln:

Technologien wie die Atomenergie und die Rüstung sollten nicht angewendet werden, wenn eines der nachfolgend beschriebenen Kriterien vorliegt:

- Die Gefährdung und die Belastung des ökologischen Haushalts,

der ökonomischen Haushalte oder die Verletzung der Menschenwürde wird allgemein anerkannt.

- Die Gefährdung im obigen Sinne wird von den Fachwissenschaften gegensätzlich beurteilt.
- Die Technologie wird als gefährlich eingestuft, sie hat Wirkungen, die über die Anwender hinausgehen, sie wird mit falschen ökonomischen Argumenten als gemeinnützig und erforderlich angepriesen, dient aber nur Partikularinteressen.⁸

Nach diesen Kriterien muß sich eine grüne Politik gegen die Anwendung der Atomspaltung für die Energieversorgung und zu Verteidigungszwecken richten. Nach diesen Kriterien muß sich eine grüne Politik auch für eine weltweite Abrüstung einsetzen.

3.2.3 Verursacherprinzip / Was ist umweltschädlich?

Im Bereich der Produktion, des Verkehrs, der Freizeit und der Verteidigung ist konsequent das Verursacherprinzip anzuwenden. Die Umweltschäden können nur schwer, wenn überhaupt verringert werden, wenn die Folgen von einer anonymen Allgemeinheit zu tragen sind. Was denn nun Umweltschäden sind, darüber wird wohl immer neu befunden werden müssen. Es besteht hier natürlich die Gefahr, daß über den Umweg der engeren oder

⁸ Notiz vom Dez. 2003: Es wurde nach Erscheinen dieser Schrift kritisiert, daß ich den Begriff Technologie für den Begriff Technik verwendet habe. Eine Befragung einer Expertenrunde nach der Differenz der beiden Begriffe brachte keine Klarheit. Ich gebe daher den nachfolgenden Lexikoneintrag wieder:

Technologie

[griechisch] *die*, erstmals 1769 von Johann Beckmann (* 1739, † 1811) eingeführter Begriff: »Wissenschaft, welche die Verarbeitung der Naturalien lehrt«. In den Ingenieurwissenschaften in Deutschland wurde der Begriff dann eingeschränkt auf die Bedeutung »Verfahrenskunde«. Er beinhaltet in dieser Form die Verfahren und Methodenlehre eines einzelnen ingenieurwissenschaftlichen Gebiets oder eines bestimmten Fertigungsablaufs sowie ferner den **technologischen Prozess**, das heißt die Gesamtheit der zur Gewinnung und Bearbeitung von Stoffen notwendigen Vorgänge einschließlich der Arbeitsmittel, Werkzeuge, Arbeitsorganisation usw. (z. B. chemische Technologie, Halbleitertechnologie). Heute wird mit Technologie daneben auch die Gesamtheit der technischen Kenntnisse, Fähigkeiten und Möglichkeiten, das technische Wissen eines Gebietes bezeichnet, wobei diese Begriffsbelegung gleichbedeutend mit »Technik« ist (z. B. Raumfahrttechnologie, Gentechnologie). (c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

weiteren Definition Gruppeninteressen durchgesetzt werden sollen.

3.2.4 Lösungsansätze

Bei der Realisierung einer neuen, ökologischen Politik ist darauf zu achten, daß der Freiheitsraum für die Menschen nicht unnötig eingeschränkt wird. Dieses ist am ehesten möglich, wenn wie in der Natur in den gesellschaftlichen Prozessen sich selbststeuernde Regelmechanismen eingebaut werden. Die kritische Beurteilung der Technologie darf nicht in eine Technologiefeindlichkeit münden. Ohne Technik müßte die Menschheit verhungern oder erfrieren. Auch die Arbeitsteilung als eine Form der Technologie können wir nicht ganz aufgeben, wenn wir Zeit behalten wollen, um über Ökologie nachzudenken. Auch hier sind wir aufgerufen, nach humaneren Formen zu suchen.

3.3 Ökonomie

3.3.1.1 Einschätzung unseres Wirtschaftssystems

Das Wirtschaftsgefüge in der BRD wird als soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Dies ist eine doppelte Lüge, denn mit 'sozial' werden nur die sozialen Ungereimtheiten übertüncht und mit 'Marktwirtschaft' wird ein Begriff mißbraucht, der für etwas ganz anderes steht, als wir es in der Realität vorfinden. Die wirtschaftliche Realität läßt sich am besten als Staatsinterventionismus bezeichnen. Dieser Staatsinterventionismus hat eine dreifache Ursache:

- a) in der Tatsache, daß dem Kapitalismus die Krallen gestutzt werden mußten, um sein Überleben zu sichern,
- b) in den Fehlanalysen der Wirtschaftswissenschaften,
- c) in dem Machtstreben vieler Politiker und deren mangelhaftes Vermögen, in Gesamtzusammenhängen zu denken.

Zu a): Wenn der Kapitalismus (er ist die Möglichkeit aufgrund von Monopolen arbeitsloses Einkommen zu beziehen und somit fundamental gegen den marktwirtschaftlichen Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit zu verstoßen) sich in krasserer Form austoben könnte, dann würde er sich nicht länger als 'soziale Marktwirtschaft' verkleiden können. Die Notwendigkeit, seiner Überwindung würde auch Wählermehrheiten einsichtig.

Zu b) Die Fehlanalysen der Wirtschaftswissenschaften verleiten auch gutwillige Mitbürger in den Parteien, Parlamenten und Ministerien zu Fehleinschätzungen und -handlungen.

Zu c) Den Wählern Möglichkeiten der Freiheit in sozialer Gerechtigkeit einsichtig zu machen, ist unendlich schwerer als ihre Gunst mit Zuwendungen zu ködern. Daß diese Zuwendungen auf vorherigen Entwendungen meist der gleichen Leute beruhen, wird mit einem Dunstschleier verdeckt.

Wenn die Wirtschaft einer Gesellschaft nicht nur in ihren Grundlagen, sondern auch in ihrem Ablauf durch staatliche Interventionen gesteuert werden soll, dann hat das zur Folge, daß immer mehr Eingriffe erforderlich werden. Das Ergebnis ist am Ende ein Staat in der Gestalt eines krebserkrankten Superkonzerns.

Ohne das Vermögen, in Gesamtzusammenhängen denken zu können, konterkarrieren die Parlamentarier fortwährend ihre eigenen Gesetze.

Der Mißbrauch des Begriffes 'Marktwirtschaft' für Kapitalismus, des Begriffes 'Leistung' für Ausbeutung oder im anderen Zusammenhang für Unterwerfung der persönlichen Belange unter gesellschaftlichen Scheinerfordernissen, des Begriffes Wettbewerb für Konzentration, für die Schädigung des Mitbe-

werbers hilft nur die Ursachen unserer psychologischen, sozialen und ökologischen Probleme zu verschleiern und zu zementieren.

3.3.1.2 Zielvorstellungen

Die Formulierung der Ziele eines Programmes werden beeinflusst:

- a) von dem Menschenbild, das jene in sich tragen, die Ziele formulieren. Hier in diesem Programm wird davon ausgegangen, daß der einzelne Mensch die kleinste autonome Einheit der Gesellschaft ist. Der Freiheitsimpuls ist in ihm ebenso ausgeprägt wie das Bedürfnis zur sozialen Bindung. Er wird von innen durch seinen Eigennutz - der durchaus das ewige Leben zum Ziele haben kann und nicht mit Selbstsucht verwechselt werden darf - gesteuert.
- b) von der Anerkennung oder Leugnung, daß wir im Kapitalismus leben; und wenn der Kapitalismus als Faktum anerkannt wird, von der Art der Kapitalismusanalyse. Hier wird von der nicht marxistischen Analyse ausgegangen, daß sowohl die Ausbeutung wie die Krisen in der Wirtschaft im Bereich der Zirkulation verursacht werden. Das Eigentum, soweit es kein Monopol wie beim Grund und Boden darstellt, ist keine Ursache der Ausbeutung.
- c) von den vorgegebenen Grundsätzen: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei und selbstbestimmend. Wobei der Begriff basisdemokratisch hier wie in Erläuterungen in anderen Dokumenten der GRÜNEN als dezentral verstanden wird. Denn basisdemokratisch kann auch der demokratische Zentralismus und der Staatsinterventionismus ausgestaltet oder beschrieben werden.

Es versteht sich von selbst, daß jedes Teilziel eines Programmes nicht im Widerspruch stehen darf zu den einzelnen Grundsätzen. Nicht so einleuchtend auf dem ersten Blick ist, daß mit der Entscheidung der GRÜNEN für

die Grundsätze dezentral, gewaltfrei und selbstbestimmend eine Entscheidung für ein bestimmtes System der Koordination und Kooperation der Einzelaktivitäten in der Wirtschaft vorgenommen wurde.

Die Zentralverwaltungswirtschaft - als Möglichkeit, das wirtschaftliche Geschehen vom Staat her zu lenken - erfordert eine zentralistische hierarchische Organisation, die nicht ohne Gewalt denkbar ist und eine Selbstbestimmung der Individuen und Gruppen unmöglich macht.

Die Marktwirtschaft ist die zweite und einzige Form der Kooperation, die (nicht ohne Spielregel aber) ohne Organisation auskommt und nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen steht.

Zur Marktwirtschaft gehören aber als Elemente der Selbststeuerung die freie Preisbildung (eine Abstimmungsprozedur im basisdemokratischen Sinn, bei der alle Betroffenen an der Bewertung einer Sache teilnehmen), der Wettbewerb (als Voraussetzung der Selbstbestimmung) und der Leistungsanreiz (zur Sicherung der Effektivität). Zur Marktwirtschaft gehört aber auch (und nicht zuletzt) eine funktionsgerechte Währungsordnung und die Auflösung aller Monopole.

3.3.2.1 Konjunktur / Arbeitslosigkeit

Die stetige Konjunktur der Wirtschaft ohne Unterbeschäftigung, ohne Überbeschäftigung, ohne Arbeitslosigkeit und Wachstumszwang gilt als gesichert, wenn die Nachfrage immer so groß ist wie die Wertschöpfung, das Einkommen und der Markt nicht durch Veränderung der Marktdaten seitens des Staates willkürlich manipuliert wird.

Dies erfordert eine Währung, die einerseits die Deflation und Inflation

(Verminderung und Vermehrung der Geldmenge oder Erhöhung und Herabsetzung der Kaufkraft des Geldes) verhindert und andererseits nicht zuläßt, daß illegitime Ansprüche auf Güter, die im Markt sind, geltend gemacht und somit legitime Ansprüche auf Güter nicht voll zum Zuge kommen.

Mit anderen Worten, die Konjunktur hängt davon ab, ob ein funktionsgerechtes Geld bei einem stabilen Preisniveau in jedem Fall ein dem Güteraus-tausch dienendes Geld ist, ob der Ausnutzungsgrad oder die Umlaufge-schwindigkeit (wie man früher nicht ganz korrekt sagte) konstant bleibt. Eine generelle Überproduktion gibt es nicht.

3.,3.2.2 Inflation / Währung national und international

Die Zusammenhänge zwischen der Preisstabilität und der Notenbankpolitik sind jahrzehntelang verschleiert worden. Dieser Schleier hat den Vertei-lungskampf zwischen Arbeit und Kapital vernebelt und gestört und das Klima zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern vergiftet.

Auf der Grundlage der Quantitätstheorie des Geldes, die bei der Wahl der Geldmengenregulierung berücksichtigt, daß mit der Wertschöpfung bereits eine Einkommensverteilung stattfindet, ist zu jeder Zeit ein stabiles Preisni-veau durchzuhalten.

Um Inflations- oder Deflationsübertragungen zu vermeiden, ist es wichtig, die Wechselkurse zwischen den Währungen absolut freizuhalten von Noten-bankinterventionen. Um Manipulationen am Devisenmarkt zu verhindern, ist die Bundesbank in eine Emissionsabteilung und eine Abteilung Geschäfts-bank aufzuteilen. Der internationale Güteraus-tausch wird erleichtert, wenn er in einer übernationalen Währung abgewickelt werden kann. Diese interna-

tionale Währung kann auf der Grundlage der Quantitätstheorie des Geldes ohne Vorrechte für einzelne Nationen als offenes System geschaffen werden, wenn wenigstens zwei Nationalwirtschaften sich daran beteiligen.

3.3.2.3 Vermögens- und Einkommensverteilung

Daß die gegebene Vermögens- und Einkommensverteilung als sozial ungerecht oder als politischer Sprengstoff empfunden wird, ist bekannt. Unkorrekterweise wird sie als Begleiterscheinung der Marktwirtschaft beschrieben. Die Versuche, diese Erscheinung über Umverteilungen zu glätten, vermindern nur das verfügbare Einkommen der Wirtschaftssubjekte durch die Umverteilungskosten.

Wenn tatsächlich nur Leistung entlohnt würde (und nur der Mensch erbringt im marktwirtschaftlichen Sinne Leistungen), dann müßte sich längerfristig von selber eine Normalverteilung bei den Einkommen und Vermögen einstellen. Daß diese Normalverteilung sich bisher nicht entwickeln konnte, liegt an der Zinsfähigkeit unseres Geldes und an unserem Bodenrecht, das die unvermeidliche Bodenrente in einzelne private Geldbörsen fließen läßt.

3.3.2.4 Energie

Sicher ist, daß der Fortschritt in allen materiellen Bereichen des Menschen durch die Erschließung von Energien außerhalb menschlicher Muskelkraft begründet ist. Aber sicher ist auch, daß unsere Menschengemeinschaft nicht zusammenbricht, wenn auf die Anwendung von Atomenergie verzichtet wird. Ein Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung und wachsendem Energieverbrauch ist konstruiert, beruht ebenfalls auf Fehlinterpretationen von Statistiken. Bei dem Stand unseres technischen Wissens ist es eher wahrscheinlich, daß bei der Ausschaltung ökonomischer Störfaktoren, auch bei fallendem Energieverbrauch noch eine Steigerung des Wohlstandes

möglich ist. Unsere Brennstoffe, die ebenfalls Rohstoffe für andere Güter sind, müssen geschont werden. Der schlechteste Lösungsvorschlag wäre, ein Bezugsscheinsystem zu diesem Zweck einzuführen.

Auch hier bietet sich der Preis als bestes Steuerungselement an. Eine Verknappung der Förderungsmenge läßt den Preis steigen und drosselt den Verbrauch. Wichtig ist hier:

- Die Förderungsmenge darf nicht abrupt geändert werden.
- Sie darf nicht willkürlich schwanken. Dies macht Kalkulationen unsicher und hat Auswirkungen auf den Ausbau von alternativen Energiequellen.
- Und der zusätzliche Erlös darf weder bei den Förderungsmonopolisten noch bei den Verarbeiter- und Verteiler-Oligopolisten hängen bleiben.

Für die Entwicklung von Alternativenenergien Subventionen zu fordern, klingt nur auf Anhieb sinnvoll. Subventionen haben - auch wenn sie Sinnvolles fördern sollen - den Hang zur Ungerechtigkeit, zur Wettbewerbsverzerrung, zur Bürokratie-Aufblähung und zur Fehlleitung knapper Ressourcen.

Wenn ökologische Technologien in größerem Umfang gewünscht werden, dann ist es besser, die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür direkt zu schaffen.

Diese sind zu schaffen durch:

- a) Reduzierung der Steuerlast - zu erreichen durch Subventionsabbau und Vermeidung der Konjunkturkrisenkosten, den radikalen Abbau der Staatsbürokratie und der Rüstungsreduzierung - und
- b) Reduzierung der Zinslasten mit marktkonformen Mitteln.

3.3.2.5 Landwirtschaft und Fischerei

Die offizielle Landwirtschaftspolitik behauptet: Landwirtschaft könne nicht nach den Regeln des Marktes betrieben werden. Die Landwirtschaft könne man nicht ungeschützt der internationalen Konkurrenz aussetzen. Landwirtschaft sei auch Landschaftsschutz, der unentgeltlich von den Landwirten geleistet würde. In Wirklichkeit sind dies alles Schutzbehauptungen der Landwirtschaftsverbandslobby, deren Politik die Landwirtschaft zum Problem Nr. 1 der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemacht hat, und für die die Konsumenten und die Gemeinschaft der Steuerzahler viel Geld aufwenden müssen, ohne entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. Wenn wenigstens die Bauern unter ihrem Verbandspräsidenten Freiherr von Heeremann freie Herren geworden wären! Sie sind es nicht, sie sind Bettler geblieben. Nur die Großbauern sind größer geworden. Das nichtmarktwirtschaftliche Subventionssystem in Europa verhindert oder erschwert es den Bauern in den Entwicklungsländern, bei uns eine Marktchance zu bekommen. Die Großflächenwirtschaft mit der Intensiv-Kunstdüngung macht mehr an unserer Umwelt kaputt, als daß sie schützt und heilt.

Was die Bauern brauchen, ist eine Hilfestellung bei der arbeitsintensiveren biologischen Anbauweise, die die Quantität zugunsten der Qualität drückt, mehr Arbeitsplätze auf dem Lande schafft und höhere Erlöse auf dem Markt ermöglicht. Da aber die Landwirtschaft auch eine kapitalintensive Betriebswirtschaft ist, muß auch hier die Hauptentlastung auf der Kostenseite die marktkonforme Reduzierung des Aufwandes für das Fremdkapital bringen. Landwirtschaft kann aber auch nicht ein Privileg der hineingeborenen Bauern bleiben. Das Wort Chancengleichheit für Bauern, Arbeiter, Handwerker und Gelehrten-Töchter und -Söhne erspart hier lange Zielbeschreibungen.

Der Raubbau an den Fischbeständen durch Einsatz von massenhaftem Einsatz von Großschiffeinheiten ist genauso unerträglich wie die willkürliche Ausdehnung der nationalen Hoheitszonen. Beide Maßnahmen sind dem Völkerfrieden abträglich. Die Chancengleichheit der Fischer verschiedener Nationen ist zu wahren oder wieder herzustellen. Dies kann z. B. dadurch geschehen, daß die von internationalen Gremien festgesetzten Fangmengen meistbietend mit bestimmten Auflagen z. B. Der Maschengröße der Netze versteigert werden. Die eingenommenen Gelder werden dann für den Bestandsschutz oder die Bestandsvermehrung (z. B. durch Fischzucht-Pilotprojekte) eingesetzt. Die Verwertung von hochwertigem Speisefisch für Mastzwecke muß durch den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen erschwert werden. Die Beeinträchtigung der Fischvermehrung durch die Meeresverschmutzung muß durch einen besseren Meeresschutz abgebaut werden.

3.3.2.6 Bodenrecht, Wohnrecht und Bodenschätze (Rohstoffe)

Die Erdoberfläche ist nicht ausdehnbar. Das Kulturland - hier = für den Menschen nutzbares Land - ist beschränkt vermehrbar. Jede Parzelle, ob auf dem Lande oder in der Stadt, hat einen Monopolcharakter, der nicht aufhebbar ist. Für die Nutzung muß ein Entgelt, ein Knappheitspreis, die Bodenrente gezahlt werden. Bei der Pacht oder beim Erbbaurecht wird dieser Preis in fortwährenden Raten, beim Kauf in kapitalisierter Form gezahlt. Der Preis kann in der Wüste bei 0 liegen und in den Zentren unserer Großstädte astronomische Höhen erreichen. Jede staatliche Aktivität beeinflusst den Bodenpreis. Die Schaffung eines subventionierten Großraumtarifes drückt z. B. Den Preis für wohnwirtschaftlich nutzbare Flächen in den Wohnrandgebieten nach oben.

Die Erhöhung oder Abflachung der Geburten und Einwanderungsrate wirkt

sich auf den Bodenpreis aus. Bei Lösungsansätzen für das Bodenproblem ist aber genau zu unterscheiden zwischen dem Boden (Eigentum) und dem, was durch Arbeit geschaffen wurde (z. B. gärtnerische Kulturen oder Häuser). Jedes neue Haus drückt den Preis für die Nutzung des Bodens nach oben und für die Nutzung von Wohnraum nach unten.

Ein neues Bodenrecht hat folgenden Ansprüchen zu genügen:

Freiheit:

Die Existenzbedingung jedes einzelnen Menschen ist die Erde. Der Mensch ist nur dann frei, wenn er sich dort auf der Erde niederlassen kann, wo er glaubt, sein Lebensoptimum zu finden. Dieser Freiheitsanspruch verträgt sich nicht mit irgend einem Zuteilungssystem (auch nicht, wenn die Zuteiler demokratisch gewählt wurden). Dieser Freiheitsanspruch, auf den Boden bezogen, ist erst in nationalen Grenzen, dann mit der Tendenz „weltweit“ zu realisieren.

Gleichheit:

Jeder Mensch hat unterschiedlichen Bedarf am Boden, unterschiedlich nach Lage, Größe, Nutzungsart und Qualität. Die Gleichheit wird dadurch hergestellt, daß für unterschiedlichen Boden auch unterschiedliche Preise zu zahlen sind. Die Summe der Nutzungspreise pro Zeiteinheit, die Bodenrente, wird durch Abschöpfung zu gesellschaftlichem Einkommen. Derjenige, der den meisten Nutzen aus seinem Stück Boden gezogen hat, der hat dann auch den größten Einzelbetrag zu diesem gesellschaftlichen Einkommen beigetragen.

Brüderlichkeit:

Nicht alle Menschen können den Boden produktiv nutzen und daher

einen Nutzungspreis an die Gesellschaft entrichten. Dies sind insbesondere Kinder, von deren Anzahl außerdem die künftige Höhe des Nutzungspreises abhängt. Ein Vorschlag lautet daher, den Müttern nach Anzahl und Alter der Kinder die Bodenrente als Mütterrente zufließen zu lassen. Damit wäre nicht nur eine ökonomische Entlastung für die Familien gegeben, sondern ein wesentlicher Beitrag zur Unabhängigkeit der Frau, zur Gleichstellung von Mann und Frau erreicht.

Ökologie:

Ökologische Prinzipien werden nur dann durchsetzbar sein, wenn staatliche Planungen bezüglich Parzellenzuschnitte, Straßenführungen und Nutzungsgebote und -verbote vermögensneutral gemacht werden können. Dies ist der Fall, wenn steigende oder fallende Grundrente sich in steigendem oder fallendem Nutzungspreis ausdrückt.

Für die Lösung der Bodenrechtsfrage gibt es verschiedene Wege:

- a) Kommunalisierung durch partiellen oder generellen Rückkauf und meistbietende Vergabe der Nutzungsrechte innerhalb bestimmter Plandaten.
- b) Aufkauf des Bodens durch Landesbodenfonds, sonst wie bei a).
- c) Steuerliche Abschöpfung der Bodenrente und ihrer Steigerung, die sich im Wertzuwachs der Parzellen ausdrückt, soweit dieser nicht inflationär bedingt ist.
- d) Die nutzer- und eigentümergefreundliche Reform des Bodenrechts, wie sie von Jobst von Heynitz entwickelt wurde. Auch hier wird die Bodenrente neutralisiert.⁹
- e) Die Einleitung einer generellen gesetzlichen Bodenreform über die

⁹ Anmerkung vom Dez. 2003: 1980 lag die Arbeit nur als Manuskript vor. Über den heutigen Stand kann ich nichts berichten. Jobst von Heynitz (Notar in München) ist über das Seminar für freiheitliche Ordnung in Boll (www.sffo.de) zu erreichen.

Schaffung von privatrechtlichen Konstruktionen von Bodengenossenschaften, wie sie Walker vorgeschlagen hat und wie sie von Ribí konzipiert wurden.¹⁰

Wohnrecht: Unsere Wohnungsprobleme sind nicht durch Zuteilung seitens der Behörden, durch Mietpreisstopp, durch Verschiebung der Rechte zu Lasten der Vermieter und zugunsten der Mieter oder durch Subventionen zu erreichen.

Bei dem Wohnrecht ist zu beachten: Der Zinsanteil in den Wohnungsmieten liegt bei 80 %. Das heißt, wenn der durchschnittliche Zinssatz mit marktkonformen Mitteln gegen Null gedrückt wird, kann sich auch noch die Sozialempfängerfamilie eine Luxuswohnung leisten. Der Kostenunterschied zwischen Wohnung oder Haus im Eigentum und im Mietbesitz dürfte dann nur noch in der Höhe der Verwaltungskosten bestehen.

Außerdem wird der Mietpreis bei einer Dezentralisierung der Wirtschaft durch die geringere Nachfrage nach Wohnungen in den Ballungsgebieten unter Druck geraten.

Verträge kann es nur zwischen gleichgewichtigen Partnern geben. Sobald auf der einen Seite Abschlußzwang statt Freiwilligkeit besteht, können wir nicht mehr vom Vertrag, sondern nur vom Diktat sprechen. Durch Gesetze (im Sinne des Gegenmachtmodells) einem Monopol der Vermieter einem Monopol der Mieter (z. B. durch ungleiche Kündigungsfristen und -gründe) entgegensetzen, vergiftet nur das gesellschaftliche Klima und schafft neue Probleme. Die Aufgabe des Gesetzgebers ist, Monopole aufzulösen und, wo dieses nicht möglich ist, sie zu neutralisieren.

¹⁰ 1980 habe ich auf Dr. Hans Weitkamp hingewiesen, bei dem Arbeitsmappen zum Thema angefordert werden konnten. Hans Weitkamp ist inzwischen im hohen Alter verstorben. Von mir gibt es ein Referat „Die Bodengenossenschaft - Ein Vehikel für eine Bodenrechtsreform? Es wurde von mir gehalten innerhalb der 2. Mündener Gespräche im März 1987.

Naturschätze: So wie die ganze Erde allen Menschen und jeden Einzelnen gehört, so ist es auch mit den Naturschätzen. Nirgendwo gibt es eine stichhaltige Begründung dafür, daß Rohstoffe wie Öl, Kohle, Erze und andere, die nicht durch menschliche Arbeit geschaffen wurden, einer bestimmten Rasse, Nation oder Interessensgruppe eigentumsmäßig zugeschrieben werden könnten. Faktisch ist es aber so, daß überall, wo es Rohstoffe gibt, ein Schild steht: „Eigentümer X Y Z“. Die Folge: a) kalter oder heißer Krieg und b) Lebens- und Wettbewerbs-Chancen-Ungleichheit zwischen den Völkern.

Nun ist es im Hinblick auf die Förderung der Entwicklungsländer und dem ökologischen Aspekt der Schonung der Rohstoffreserven eine schlechte Lösung, wenn internationale, bürokratische und korrumpierbare Rohstoffpools gebildet werden, die dann willkürlich den Markt für Rohstoffe manipulieren können. Auch ist es nicht erforderlich, daß staatliche Gesellschaften die Förderung übernehmen. Erforderlich ist, daß die Förderungsrechte mit Angaben über Mengen und Zeitraum, sowie Auflagen des Umweltschutzes meistbietend versteigert werden, und daß der so abgeschöpfte Förderzins zum internationalen Finanzausgleich verwendet wird.

3. 3.2.7 Wettbewerb / Konzentration / Subventionen / Berufsmonopole

Wer nicht will, daß ihm Lebensmittel, Wohnung, Kleidung, Kinokarten, Weltanschauungen oder Berufslaufbahnen von Einzelpersonen, Gruppen oder von Repräsentanten des Staates zugeteilt werden, muß für den Wettbewerb sein. Der Wettbewerb setzt nicht eine Gleichheit, sondern eine Chancengleichheit voraus. Auch ist die Freiwilligkeit ein Element des Wettbewerbes. Und umgekehrt: Freiheit ist nicht ohne Wettbewerb realisierbar. Wir sind aber weit davon entfernt, eine Wettbewerbs- und damit eine freie

Gesellschaft zu sein. Kapitalismus kann nur da entstehen und sich halten, wo es Monopole gibt, und Monopole schließen Wettbewerb aus. Irrigerweise wird häufig die festzustellende Konzentration in der Wirtschaft dem Wettbewerb zugerechnet. In Wirklichkeit entsteht die Konzentration aufgrund des Zinsfaktors, der immer noch wirksam ist - auch bei den Multis - und sich nur deshalb bisher halten konnte, weil der Wettbewerb im Bereich von Boden und Geld und anderen Nebengebieten unvollkommen ist.

Chancengleicher Wettbewerb ist durch Subventionen nicht herzustellen. Im Gegenteil, die Wettbewerbsverzerrungen werden im Regelfall größer. Das abhängig machende, Ungerechtigkeit schaffende politische Instrument „Subvention“ wurde nur deshalb so ausgebaut, damit der Stachel des Kapitalismus in seiner Wirkung gemildert und verschleiert wurde. Konsequente Marktwirtschaft benötigt keine Subventionen.

Um mehr Wettbewerb und damit mehr Freiheit in unsere Gesellschaft zu bekommen, ist es auch erforderlich, daß die staatlich geschaffenen Berufsmonopole beseitigt oder gemildert werden. Das Sicherheitsbedürfnis des Publikums kann auch anders als durch einen nicht mehr durchschaubaren Wald von Paragraphen und Verordnungen gewährleistet werden.

Um den Zugang für Neulinge zu den Märkten der Wirtschaft und Kultur und den Wechsel aus der Rolle des Arbeitnehmers zu der des Einzel- oder Genossenschaftsunternehmers zu erleichtern, ist auch das Steuer-, Sozialsicherungs- und Unternehmenssicherungssystem radikal zu vereinfachen. Das Phänomen der Schwarzarbeit ist keine Folge von Böswilligkeit der beteiligten Bürger, sondern von hohen Barrieren, die den Zugang zu den regulären Laufbahnen des Wettbewerbs zu stark erschweren, wenn nicht verhindern.

3.3.2.8 Patentrecht

Das Patentrecht ist dadurch entstanden, daß dem Erfinder der Ertrag seiner geistigen Arbeit gesichert werden sollte. Dieser Schutz des Einzelnen durch die Gemeinschaft ist aber zu einer Störungsquelle für die Gemeinschaft geworden.

Kein Erfinder oder keine Erfindergruppe schöpft sein bzw. ihr Wissen nur aus sich selbst heraus, sondern ist auf das in der Gesellschaft gespeicherte Wissen angewiesen.

Kein Psychologe, Philosoph oder Ökonom kann sich seine Erkenntnisse oder Erfindungen patentieren lassen.

Der mit hohem Aufwand betriebene staatliche Schutz der Erkenntnisse der Ingenieurwissenschaften oder auch der Kunstschöpfungen von Technikern wird aber inzwischen mißbraucht, um diese der Gesellschaft durch Hortung vorzuenthalten. Ebenso liegt ein gesellschaftlicher Mißbrauch vor, wenn die Verwertung eines Patentbesitzes einem Monopolisten überlassen wird, der dann der Gesellschaft das Produkt zum Monopolpreis verkauft. Die Gesellschaft zahlt dann doppelt, erstens für den Schutz und zweitens für die Nutzung des Monopols.

Eine Lösung des Problems könnte darin liegen, daß das Patentamt zu einer Patentverwaltungsstelle umgewandelt wird. Die Patentverwertungsstelle¹¹ kauft den Erfindern zum frei vereinbarten Preis die Erfindung ab und verkauft ihrerseits die Nutzungsrechte dieser Erfindungen zu frei vereinbarten Preisen an jedermann (Wenn nur ein Hersteller sich für die Erfindung interessiert, hat er das Alleinverwertungsrecht, aber nur solange, bis der nächste

¹¹ Anmerkung vom Dez. 2003: Die Patentverwaltungs- und –verwertungsstelle habe ich mir 1980 wohl als zwei Abteilungen einer Institution vorgestellt.

oder weitere Bewerber kommen). Mit den Überschüssen können dann Experimentierwerkstätten finanziert werden, die auch kapitalarmen Erfindern eine Chance geben, ihre Idee konkret auszuformen.

3.3.2.9 Außenhandel / Dritte Welt

Der Völkerfrieden, der kulturelle und wirtschaftliche Austausch zwischen den Nationen und der Anspruch jedes Menschen auf die ganze Erde (ein mit seiner Existenz zusammenhängender Freiheitsanspruch) lassen sich nicht mit geschlossenen Grenzen oder mit Behinderungen von Mensch und Gut realisieren.

Zölle oder andere Grenzgräben werden immer mit dem Gesamtinteresse einer Nation begründet, dienen aber fast immer nur Partikularinteressen. Zölle sind nur zur Kompensation von Exportsubventionen ausländischer Handelspartner gerechtfertigt, damit die Chancengleichheit zwischen inländischen und ausländischen Unternehmen gewahrt bleibt. Wenn der Vorteil des internationalen Güteraustausches erhalten bleiben soll, dann dürfen natürliche Standortvorteile nicht durch Subventionen oder Abschöpfungen nivelliert werden.

Der Außenhandel darf aber auch nicht überbewertet werden. Es ist zum Beispiel schädlich und überflüssig, Exportüberschüsse zu erzielen. Im- und Export müssen sich wertmäßig ausgleichen. Ungerechtigkeiten werden dann im internationalen Güteraustausch (auch mit den Entwicklungsländern) vermieden, wenn alle Beteiligten zu allen Märkten Zugang haben, wenn Anbieter- und Nachfragermonopole abgebaut werden und wenn eine Währungsordnung für den internationalen Zahlungsverkehr eingeführt wird, die keine illegitimen Wertübertragungen durch In- und Deflation ermöglicht. Der spekulative Mißbrauch von Devisen muß unmöglich gemacht werden, wie schon

an anderer Stelle gesagt wurde, dürfen einzelne Nationen nicht begünstigt werden.

Wenn diese skizzierten Prinzipien zum Tragen kommen, dann ist den Entwicklungsländern bereits mehr geholfen, als mit Kapitalhilfeprogrammen, für die oft nicht einmal die Zinsen aufgebracht werden können.

Selbstverständlich sollten wir weiterhin humane Hilfsprogramme für Ernährung und Bildung entwickeln und durchführen. Dies ist aber mehr eine gesellschaftliche als eine staatliche Aufgabe.

Wichtig ist, daß wir den Entwicklungsländern zeigen, wie sie selber für sich ein qualitatives, d. h. ein ökologisches Wachstumsprogramm entwickeln können. Dies ist am besten möglich, wenn wir ein positives Beispiel geben.

3.3.3.1 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

Es ist ein selbstverständliches Recht bestimmter Gruppen (wie Arbeitnehmer und Unternehmer), zur Formulierung und Vertretung gruppenspezifischer Interessen Organisationen zu bilden.

Eine grüne Politik kann aber nicht in der Hoffnung, Wählerstimmen zu erhalten. Großorganisationen hätscheln und von der analysierenden Kritik aussparen.

So wie die Blockbildungen in der westlichen und östlichen Welt freiheits- und menschenfeindlich sind, so ist auch das Gegenmachtmodell der Gewerkschaften unbrauchbar zur Lösung der sozialen Konflikte. Gewerkschaften sollen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Sie laufen aber Gefahr, das Interesse ihrer Mitglieder nicht von den Personen, sondern von

der Organisation her zu definieren. Was dem Machtwachstum der Organisation schadet, und sei es den Mitgliedern noch so förderlich, wird tabuisiert.

Wenn wir heute eine ökologische, soziale und lebensinhaltliche Krise haben, so ist diese auch durch die gesellschaftsprägenden Großorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verursacht. Eine grüne organisierte Politik sucht den Dialog mit diesen Organisationen, um neue Fragestellungen und Zielsetzungen zu bewirken.

Zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehen gleichgerichtete und entgegengesetzte Interessen wie zwischen Käufer und Verkäufer. Den Handel wünschen beide, den Preis möchten die einen nach unten, die anderen nach oben drücken. Abgesehen davon, ist die Frontstellung zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer eine künstliche, denn beide sind Arbeitsschaffende, die sich wehren müssen gegen die Ausbeutung des Kapitalisten. Die Kapitalisten sind nun nicht eine besondere Gattung Mensch - dann wäre ein Feindbild leicht zu zeichnen und zu rechtfertigen -, sondern es sind die gleichen Leute, nur in einer anderen Rolle. Die Summe der Kleinkapitalisten in ihrem Verhalten hat ebenso Gewicht wie die relativ kleine Zahl der Großkapitalisten. Aber auch in diesem Bereich hat die in den vergangenen Jahrzehnten herrschende Währungs- und Ausbeutungstheorie nur zu Verschleierungen und zur Fehlleitung aufopfernden Idealisten geführt. Die Lohn-Preis-Spirale ist z. B. ein Ammenmärchen. Der Streik und die Aussperrung sind ungeeignete Mittel zur Lösung der Probleme im Bereich der sozialen Gerechtigkeit. Streik und Aussperrung vermindern die Realkapitalbildung. Die Folge ist die Steigerung oder Erhaltung der Kapitalertragsquote und die Minderung oder Einfrierung der Arbeitsertragsquote. Ein Streik wirkt gegen die eigene Zielsetzung, kann bestenfalls die eine Arbeitnehmergruppe gegenüber den anderen Gruppen begünstigen. Bei Lichte besehen, sind Streik und

Aussperrung auch Vertragsbrüche, Nötigung und Erpressung wie Beeinträchtigung von Nichtbeteiligten. Daß Unrecht hier als Recht empfunden und von der Rechtsprechung her auch bestätigt wird, zeigt, wie verworren die theoretischen Grundlagen unseres Sozialgefüges sind.

3.3.3.2 Arbeitszeit / Ladenöffnungszeiten

In einer Gleichgewichtswirtschaft braucht sich der Staat nicht um Ladenöffnungszeiten oder die Dauer der Arbeitszeit kümmern. Der Schutz vor gewerblichen Lärmquellen, z. B. zur Nachtzeit, ist in anderen Gesetzen zu regeln.

Bei einer stetigen Vollbeschäftigungskonjunktur, die wir mit der Umlaufsicherung des Geldes haben können, pendeln sich die unterschiedlichen Interessen je nach Art und Lage der Geschäfte unterschiedlich zu einem Optimum aus. Auch in diesem Bereich haben weder der Staat noch die Verbände das Recht, der Vormund der Wirtschaftsteilnehmer zu sein.

Für den Unternehmer ist es nicht wichtig, daß Arbeitnehmer 12, 10, 8, 6 oder 4 Stunden im Betrieb sind. Wichtig für ihn ist, daß sein Unternehmerlohn als stimulierendes Mittel hoch genug ist. Dieser Unternehmerlohn ist der Rest von dem Unternehmensertrag nach Abzug aller Kosten. Nun ist es aber doch so, daß neben dem Lohn die Kapitalkosten und die Kosten des Staates (Steuern) die Hauptkostenfaktoren sind. Wenn die Kapitalkosten minimiert werden (was möglich ist) und die Vergeudung von Arbeitserträgen durch den Staat in Form von Kosten für Rüstung, Umverteilung und Konjunkturkrisen eingeschränkt wird (was ebenfalls möglich ist), dann ist doch leicht einzusehen, daß ein 4-Stunden-Arbeitstag keine Utopie ist. Die bisherigen Arbeitszeitverkürzungen werden den Gewerkschaften als Leistung angerechnet. Bei allem Respekt vor den Gewerkschaften; sie können für die

Gesamtarbeitnehmerschaft nicht mehr realisieren, als der Markt hergibt. Die Tarifverträge können nicht individuell die Ertragslage der einzelnen Unternehmen erfassen. Viele Arbeitnehmer würden bei ausschließlich tariflichen Regelungen schlecht bedient sein, wenn der Markt nicht außertarifliche Regelungen durchsetzen würde. Die Fiktion der tariflichen Sicherheit zeigt sich auch in Krisenzeiten, weil dann die Schwächeren ohne Arbeitsplatz sind.

An die Adresse der Unternehmer: Die Fixierung auf den 8-Stunden-Tag ist ja nicht nur aus Kostengründen erfolgt, sondern auch aus Denkfaulheit, Gewöhnung und außerdem, weil darin ein Disziplinierungsinstrument gesehen wird.

Selten ist es so, daß der Produktionsprozeß oder andere Arbeitsabläufe keinen anderen Stunden- bzw. Tagesrhythmus erlaubt. Als die Gleitzeit erst im Diskussionsstadium war, wurde auch so getan, als würden die Betriebe zusammenbrechen. Heute hat sich die Gleitzeit als Nutzen für alle erwiesen. In Zeiten der Vollbeschäftigung ist es relativ leicht, Teilzeitarbeitsplätze zu erhalten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist auch bei Teilzeitarbeitern der Nutzen auf beiden Seiten. Die Sperrung von Teilzeitarbeitern in Zeiten der Unterbeschäftigung läßt strategisches Denken bei den Unternehmern vermissen. Arbeitnehmer sind Dienstleistungsunternehmer besonderer Art. Wenn den Arbeitnehmern die unternehmerische Freiheit nicht gewährt wird, wie kann dann erwartet werden, daß diese den Unternehmern im engeren Sinn die Freiheit der Entscheidung lassen sollen?

3.3.3.3 Fremd-, Mit- und Selbstbestimmung

Unsere Unternehmen haben teils eine Größe erreicht, die das betriebswirtschaftliche und technische Optimum weit überschreitet. Sie sind als Organi-

sation notwendigerweise, aus fehlendem liberalen und anarchistischem Denken heraus überbetont hierarchisch strukturiert. Die Mitbestimmung, die der Kleinbetrieb dem Mitarbeiter meistens aufgrund seiner Kompetenz und der persönlichen Bindungen gewährt, ist im Großbetrieb meistens der totalen Fremdbestimmung gewichen.

Nun ist die gesetzliche, einheitliche Mitbestimmungsregelung aber kein geeignetes Mittel, diese Fremdbestimmung aufzuheben. Mitbestimmung erhalten nur jeweils die gewählten Vertreter. Die Schaffung alternativer Mitbestimmungsmodelle, die frei zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern vereinbart werden, werden dadurch nur behindert. Tendenziell muß jedes Mitbestimmungsmodell, das ein Fortschritt sein soll, die Selbstbestimmung ermöglichen. Auch muß in einem viel größeren Maße der arbeitende Mensch (Mit)-Eigentümer der von ihm benutzten Produktionsmittel werden. Aus marktwirtschaftlicher Sicht ist zu fordern, daß alternative, genossenschaftliche und kommunistische Unternehmensmodelle die Chancengleichheit mit den Kapitalgesellschaften erhalten.

3.3.4 Soziales Netz

3.3.4.1 Probleme

Unser soziales Netz ist sicherlich mit den besten Absichten in mehreren Generationen mit jeweils unterschiedlichen Vorstellungen vom Menschen, der Arbeitswelt und der Gesellschaft entstanden. Es soll auch gar nicht bestritten werden, daß es seine Sicherheitsfunktion teilweise erfüllt hat. Wir sind jedoch an einem Punkt der sozialen Entwicklung angekommen, wo wir die Position des Schiffes „Soziales Netz“ überprüfen müssen, um feststellen zu können, ob wir noch auf dem richtigen Wege sind. Folgende Probleme hat uns unser soziales Netz beschert:

a) Das Netz als Ganzes ist ein System der gegenseitigen Ausbeutung und der politischen Manipulation geworden.

Die Vorstellung, der Mensch verhalte sich in Groß-Kollektivsystemen solidarisch, ist ein Trugschluß. Je höhere Kosten das soziale Netz verursacht, desto mehr Mitglieder haben das Gefühl, daß sie sich ihren Anteil zurückholen müßten. Die Bescheidenen sind die Dummen. Von politischer Manipulation muß hier gesprochen werden, weil der Staat über die Steuern hinaus in die Einkommen und Vermögen der Bürger mit dem Ziel der Wählermanipulation und der Wirkung der Freiheitsbeschränkung eingreift.

b) Das Krankenversicherungssystem in der Form der Vollkaskoversicherung hat das Gesundheitswesen zu einer Krankheitsindustrie verkommen lassen.

c) Die Arbeitslosenversicherung, die nur aufgrund unseres wirtschaftlichen Krisensystems in dem Umfang erforderlich ist, enthält soviel Ungerechtigkeiten, daß hier die Bezeichnung „Sozialversicherung“ mit beiden Begriffsbestandteilen fehl am Platz ist.

d) Das soziale Netz teilt willkürlich die arbeitenden Menschen in die Klassen der Arbeiter, der Angestellten, Beamten, Selbständigen auf und vernebelt die Tatsache, daß die Klassenbildung dadurch entsteht, daß es neben dem Arbeitseinkommen noch Kapitaleinkommen gibt.

e) Das soziale Netz ist für eine geschlossene Gesellschaft gestrickt, in der die Bürger ein Leben lang ausharren. Der Auswanderer hat es schwer. Leistungsansprüche entsprechend seinem Einsatz mit-

zunehmen. Das Problem der Gastarbeiter war bei der Entwicklung der Sozialversicherungen noch nicht sichtbar.

3.3.4.2 Lösungen

Bei der Neugestaltung des sozialen Netzes ist zu berücksichtigen:

- a) Solidarität ist nicht durch den Zwang der Kollektivversicherungen zu erreichen. Der Mißbrauch des sozialen Netzes ist durch eine ökonomische Belohnung des Wohlverhaltens und eine ökonomische Bestrafung des Fehlverhaltens im Sinne gesundheits- und sozialpolitischer Zielsetzungen zu vermindern.
- b) Der grundsätzliche Anspruch auf Freiheit und auf Selbstverwirklichung, auch auf Entwicklung von Alternativen muß sich auch im sozialen Netz manifestieren, offenbaren. Das heißt konkret, daß es keine Zwangsversicherungen in diesem Bereich geben darf.
- c) Wenn es weiterhin staatliche Versicherungen gibt, dann dürfen diese gegenüber privatrechtlich organisierten Versicherungen nicht privilegiert sein.
- d) Die Leistungen der Versicherungen dürfen nicht an die Nationalität innerhalb von Staatsgrenzen gebunden sein. Das bedeutet dann aber auch, daß Defizite einer Versicherung nicht einfach mit Steuermitteln ausgeglichen werden können.

- Für die Krankenversicherung bedeutet das:

- a) die Chancengleichheit für die unterschiedlichen Träger,

- b) die individuelle degressive Beteiligung an den Kosten,
- c) die Bestätigung der quantitativen Leistung in der Kostenrechnung durch den Versicherten.

- Für die Arbeitslosenversicherung bedeutet das (zumal nach dem hier vorgestellten Gesamtkonzept die Arbeitslosigkeit nur noch eine zeitweilige Randerscheinung für Einzelne sein wird):

- a) daß die Bundesanstalt für Arbeit sowohl für die Versicherung wie für die Arbeitsvermittlung das Monopol verliert,
- b) daß unterschiedliche Risiken mit unterschiedlichen Prämien versichert werden können,
- c) daß berufliche Bildungsinvestitionen (die besonders von den Cleveren in Anspruch genommen werden) nicht einfach zu Lasten anderer vorgenommen werden können,
- d) daß Handwerker und Kleinunternehmer (die ja auch arbeitslos werden können durch Konkurs oder Liquidation) ebenfalls Zugang zu dieser Versicherung erhalten,
- e) daß der Moralingeruch durch klare Definition der Rechte und Pflichten vertrieben wird,
- f) daß Leistungen, die nach Ausschöpfung der Versicherungsansprüche erforderlich sind, nach den Sozialhilfegesetzen geregelt werden.

- Für die Altersversorgung bedeutet das (zumal bei Anwendung der natürlichen Wirtschaftsordnung die Arbeitseinkommen zu Lasten der Kapitaleinkommen steigen und die Gemeinschaftskosten durch Überwindung der Krisen sinken):

- a) daß jeder seine Altersversorgung individuell gestalten kann,

- b) daß der Staat nicht mehr in die Vermögensmassen der Versicherungsgemeinschaften eingreifen darf und
- c) inflationäre Entwertungen, die nur durch das Staatsorgan Bundesbank verursacht werden können, zu erstatten sind.

- Sozialhilfe: In der Natürlichen Wirtschaftsordnung ist der Wohlstand so groß, daß auch jene noch mit Mitteln für eine Existenzsicherung ausgestattet werden können, deren Leistungen aus dem individuell verantworteten und gestrickten Sozialen Netz erschöpft sind. Wichtig ist dabei:

- a) daß auch hier der Moralingeruch und die Macht der Bürokraten durch klare Spielregeln überwunden wird,
- b) daß die Regreßansprüche gegen den Leistungsempfänger und seine Verwandten eingeschränkt werden,
- c) daß die Leistungen nicht so hoch sind, daß der Anreiz für eine selbstverantwortete Versorgung verloren geht und
- d) daß Leistungen an Arbeitslose, deren Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung erloschen sind, nicht ohne Gegenleistungen gewährt werden (Einsatz dieser Arbeitslosen für Gemeinschaftsaufgaben, die sonst nicht erledigt würden).

- Nächstenliebe (freiwillige Hilfe durch Personen und Organisationen): Geben ist seliger als Nehmen. Kein Sozialsystem kann so perfekt sein, daß es nicht erforderlich wäre, Lücken zu füllen durch spontane oder organisierte Nächstenliebe oder Solidarität. Auch ist das freie Geben eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung durch die soziale Gestaltung. Der Mensch verliert einen Teil seiner Würde, wenn er durch räuberische Steuersätze und durch Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems seiner sozialgestaltenden Fähigkeit des Schenkens beraubt wird.

Karitative Organisationen verlieren ihren Sinn, wenn sie ihre Tätigkeit aus Zuweisungen des Staates und der Versicherungsträger finanzieren. Die Folgerung: Wenn die Schenkungsmöglichkeiten des arbeitenden Menschen so eingeschränkt sind wie heute, dann hat ein Dritter Weg sein Ziel verfehlt.

3.3.5 Verkehr

3.3.5.1 Ursachen und Lösungstendenz der Verkehrsprobleme

Der krebsartig wuchernde Verkehr hat sicherlich seine Ursache nicht nur in der Entwicklung der Verkehrstechnik. An weiteren Hauptursachen der Fehlentwicklung sind zu nennen:

- a) die durch die Interventionspolitik und die kapitalistischen Wachstumszwänge verursachte Konzentration der Produktionsstätten und der Verwaltungen in den Großstädten;
- b) die Verkehrssubventionen, die es ermöglichen, gleiche Güter zur gleichen Zeit in entgegengesetzter Richtung (z. B. von Bremen nach München / von München nach Bremen) zu transportieren, weil die subventionierten Transportkosten den Endpreis nur unwesentlich belasten;
- c) weil die häufige Inhaltslosigkeit der Arbeit im Wohnbereich ebenso in der Fabrik, im Büro, dazu das öde Leben in einer Wohnlandschaft ohne Garten und Kreativwerkstätten die Menschen über ein natürliches Bewegungsbedürfnis hinaus nach Ortswechsel streben läßt;

d) auch die Kultureinrichtungen zum weiteren Wachstumsanreiz für die Städte in den Zentren angesiedelt werden,

e) die Menschen die Fähigkeit verloren haben, in ihrem Wohnbereich sinnvolle Kontakte herzustellen und daher oft ausschließlich Kontakte pflegen, die durch Umzüge räumlich auseinandergerückt wurden.

Um der Zerstörung der Umwelt Einhalt zu gebieten, können wir nicht die ganze Landschaft mit einem Schienennetz zudecken. Die Schiene hat außerdem die Neigung, die Konzentration der Siedlungen zu fördern, weil sie ein verhältnismäßig starres System bildet. Die Lösung liegt auch nicht darin, sich einseitig für Schiene, Straße, Wasser- oder Luftwege zu entscheiden, sondern darin, allen Systemen die erforderlichen Umweltschutzauflagen zu machen und sie sich dann nach dem Kosten-Nutzen-Effekt auspendeln zu lassen. Subventionen sind dabei fehl am Platze.

Bei der Nutzung der Weltmeere und des Weltraumes ist darauf zu achten, daß keine Monopole für einzelne Staaten entstehen.

3.3.5.2 Nahverkehr

Der Nulltarif für den öffentlichen Nahverkehr ist keine Lösung, weil er die Konzentration in den Großstädten zementiert und der gewünschten Dezentralisation entgegenwirkt, weil außerdem mit dem Nulltarif undurchschaubare Einkommensumverteilungen vorgenommen werden.

Ein öffentlich-rechtlich organisierter Nahverkehr ist keine Garantie für Umweltfreundlichkeit und Effektivität. Auch hier gilt: Wenn wir die Staatstätigkeit reduzieren wollen, dann müssen wir den Mut haben, öffentliche Auf-

gaben, wie z. B. den Nahverkehr, privatrechtlichen Trägern zu überlassen. Dies hat selbstverständlich mit Auflagen zu erfolgen. Damit keine Monopole entstehen, sind Konzessionen für bestimmte Zeiträume zu versteigern und der Wettbewerb der verschiedenen Verkehrssysteme auszubauen.

Da das Normal- und Großraumtaxi besonders auf dem Lande umweltfreundlicher, zeit- und geldsparender (letzteres gesellschaftlich gesehen) ist als Bus oder Bahn, muß diesem System die Chancengleichheit eingeräumt werden.

Die Mitfahrgelegenheiten in privaten Pkws können durch Anhalter-Sammelstellen mit entsprechenden Straßenausbuchtungen für entgeltliche und unentgeltliche Mitnahme (ohne Mitnahmezwang) wesentlich erhöht werden. Die versicherungsrechtlichen Fragen sind leicht zu lösen. Wenn der Ausbau der Radwege zuletzt genannt wird, dann nicht aufgrund einer geringeren Wertigkeit. Grundsätzlich sollte das Radfahren durch den schnellen Ausbau der Radwege gefördert werden. Wo in bereits vorhandenen Stadt- und Dorfsiedlungen nicht genügend Platz für getrennte Bahnen für Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrzeuge ist, sollten eindeutig Radfahrer und Fußgänger Vorrang haben.

3.3.5.3 Die Post als Monopolanstalt

Von Zeit zu Zeit ist es sicher erforderlich zu fragen, ob das Monopol, das einer Anstalt übertragen wurde, noch gerechtfertigt ist oder mißbraucht wird.

Wie beim Paketverkehr ist auch im Briefverkehr eine Konkurrenzorganisation (Unternehmung) denkbar. Die Monopolbetreuung der Rundfunktechnik ist mit einem Fragezeichen zu versehen. Auch das Postscheckamt ist ver-

zichtbar, da im Bankbereich ein ausgereiftes Zahlungsverkehrssystem vorhanden ist. Auch sollten mit Einnahmen aus dem Telefonverkehr nicht andere Bereiche subventioniert werden. Eine staatliche Monopolanstalt sollte nicht den Fiskus bereichern.

3.4 Kultur

3.4.1.1 Einschätzung unserer gesellschaftlichen Kulturlandschaft

Legen wir die Maßstäbe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Messung des Zustandes des Kultur- und Geisteslebens in unserer Gesellschaft an, so ist das Meßergebnis äußerst negativ. Bezüglich der Freiheit gibt es nur wenige Inseln, die nur einige Mitbürger durch Zufall, Protektion oder manchmal auch durch Geschick erreichen. Wo die individuelle Freiheit in der Sprache der Worte, der Musik oder des Körperausdrucks das Gehirn des Menschen verlassen will, um sich in Freiheit mit der Freiheit anderer Individuen zu verbinden, erlebt er eine Behinderung ungeheuerlichen Ausmaßes, auch bei uns in dem Land mit freiheitlichstem Grundgesetz. Ein Zustand kann nur gemessen werden an einem anderen Zustand. Da die Idee einer Freiheitskultur nicht öffentlichkeitswirksam formuliert werden konnte, hat die große Mehrheit unserer Bevölkerung angenommen, daß Vorgefundene sei das Normale. So kleine Schönheitsfehler könne man mit Reförmchen korrigieren, z. B. im Schulbereich mit dem Ausbau der Elternräte. Die Unfreiheit hat sich somit selbst reproduziert. Die Realität sieht so aus, daß wir im Kulturbereich eine ähnlich zentralistische Ordnung haben, wie sie in den realexistierenden kommunistischen Ländern praktiziert wird, und zwar ergänzt durch ein Interventionssystem, wie es für den Bereich Wirtschaft beschrieben wurde. Der Staat als Hilfsorganisation der Gesellschaft konnte aufgrund der Denkfehler der Sozialisten, aufgrund des Verrates der Freiheit

durch die Liberalen und aufgrund der Fehleinschätzung der Konservativen, daß das nun mal Vorhandene auch zu bewahren ist, den für das Individuum und die Gesellschaft wichtigen Freiheitsraum annektieren.

Die Gleichheit, die im Gegensatz zum Rechtsbereich im kulturellen wie im wirtschaftlichen Raum immer nur als Chancengleichheit zu realisieren ist, ist nicht vorhanden. Die Ungerechtigkeiten sind hier in allen Bereichen des Geisteslebens so auffällig, daß sie nicht beschrieben zu werden brauchen. Denn jeder, der noch beobachten kann, kann es feststellen. Die Brüderlichkeit hat in unserer Kultur keine Chance der Realisierung. Wer fördert denn noch seinen Künstlerkollegen, wenn dadurch noch ein Bewerber für den ausgesetzten Preis entsteht, auf den man angewiesen ist? Wer kann sich denn ein Originalkunstwerk für seine Familie oder für seine Wohngemeinschaft leisten, wenn Zins und Steuer nur noch Geld für Imitationen übrig lassen?

Wer spricht sich denn für Förderung einer weiteren Bildungsstätte aus, wenn dadurch die Mittel für die eigene Institution gekürzt werden?

3.4.1.2 Die Zielrichtung

Mit den Anthroposophen, mit der impulshaften Freie-Schul-Bewegung, mit Denkern wie Ivan Illich, mit den Anarchisten (jene, die Herrschaftsfreiheit aber nicht Gesetzlosigkeit wollen) halten wir es für erforderlich, daß der Staat aus dem Kulturraum zurückgedrängt werden muß. Die Überlastung der Parlamente, des Mehrheitsentscheidungsprinzips durch Nichtbetroffene, führt zu immer größerem Unmut und gefährdet die Demokratie.

Alternative Schulen, alternative Künstler-Kooperativen, überhaupt alternative Lebensformen lassen sich nur dann verwirklichen, wenn der nötige Freiraum und die ökonomische Basis gegeben ist. Jeder politische Schritt, der

die Gestaltungsfreiheit, die Chancenfreiheit und die Förderungsbereitschaft der Bürger fördert, ist ein Erfolg.

3.4.2 Bildung

3.4.2.1 Schulen/Universitäten

Um die Voraussetzungen eines freien Schulwesens skizzenhaft zu beschreiben, wird hier auf ein Arbeitspapier zurückgegriffen, das für FDP-Mitglieder formuliert wurde, aber in der FDP nicht diskutiert werden konnte.

¹² Die Grundlagen:

- a) Jede Teilnahme an Bildungsprozessen wird durch den Entschluß des Teilnehmers ausgelöst. Die Dauer und Art der Teilnahme wird durch privatrechtliche Verträge geregelt. Mit anderen Worten: Der Staat hebt die Schulpflicht auf und verzichtet darauf, die Voraussetzungen von Bildungsgängen zu bestimmen.
- b) Der Staat verzichtet darauf, Lernziele und Lehrmethoden zu bestimmen.
- c) Die Schulen erhalten ihre volle Autonomie. Ihr Rechtsträger ist jeweils eine Gesellschaft oder Stiftung des privaten Rechts.
- d) Die Lehrenden erhalten nicht mehr den Beamtenstatus, sondern die Stellung des freien Mitarbeiters, des Angestellten oder Gesellschafters des Schulträgers.
- e) Die Schulen (Universitäten etc.) als Institutionen werden durch den

12 Ich halte es heute, im Dez. 03 erforderlich den Hintergrund etwas zu erläutern. Siehe dazu am Schluß dieser Darlegungen einen Auszug aus einem Text für die FDP aus dem Jahr 1974.

Staat nicht subventioniert. Sie müssen über den Preis für ihre Dienstleistungen ihre Kosten decken.

f) Eltern bzw. Ersatzeltern erhalten bis zur Durchsetzung einer gerechten marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung für ihre Kinder vom Staat Bildungsguthaben eingeräumt, die entsprechend dem Bildungsgang zum Teil an die Bildungsstätten überwiesen werden und zum anderen Teil als Unterhaltskostenbeitrag abgerufen werden können.

Bei der Festlegung der Höhe des Bildungsguthabens durch den Gesetzgeber wird nicht nach der Verschiedenartigkeit der Bildungsgänge differenziert. Die Finanzierung der Bildung aus öffentlichen Mitteln ist zeitlich bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres begrenzt. Nicht abgerufenes Bildungsguthaben wird im 19. Lebensjahr an den Begünstigten (Schüler, Lehrling oder Studenten) ausgezahlt.

Bildungsgänge nach Vollendung des 18. Lebensjahres müssen privat finanziert werden. Der Staat übernimmt für Bildungsdarlehn der Kreditinstitute oder privater Kreditgeber die Ausfallbürgschaft.

3.4.2.2 Berufsausbildung

In einer befreiten Bildungslandschaft gibt es eine Fülle von Berufsbildungsmöglichkeiten. Um eine Möglichkeit zu beschreiben, die den Grünen praktische Politik außerhalb der Parlamente ermöglicht, wird hier nochmals auf das o. a. FDP-Papier zurückgegriffen:

Das Modell hat den Arbeitstitel „Institut zur Vermittlung beruflicher Fertigkeiten (IVF)“.

Rechtsträger des IVF ist eine eingetragene Genossenschaft, ein eingetragener Verein oder eine gemeinnützige GmbH. Mitglieder oder Gesell-

schafter des Rechtsträgers werden:

1. die hauptamtlichen Ausbilder (Handwerksmeister, Ingenieure, Kaufleute, Hochschulabsolventen),
2. Eltern von Auszubildenden,
3. Betriebsinhaber, die nebenamtliche Funktionen in der IVF übernehmen oder die an Praktikanten der IVF interessiert sind,
4. Verbände und sonstige Förderer.

Es versteht sich von selbst, daß die Mitgliedschaft freiwillig ist.

Die Hauptlast der beruflichen Ausbildung trägt in diesem Modell das IVF. Ergänzt wird die Ausbildung durch Praktika in den Betrieben. Diese Praktika haben Ernstcharakter, d. h. die Praktikanten werden nicht durch den ganzen Betrieb geschleust, sondern sie sollen in dieser Zeit lernen, sich an einem bestimmten Platz zu behaupten. Das IVF arbeitet nach dem Baukastenprinzip. Das Baukastenprinzip heißt in der berufspädagogischen Sprache Stufenausbildung und ist nicht neu. In diesem Modell ist die Stufenausbildung problemlos anwendbar, in der herkömmlichen Ausbildung nicht,

Das 1. Jahr im IVF ist ein Orientierungsangebot. Der Auszubildende macht Bekanntschaft mit einer breiten Palette beruflicher Fertigkeiten. Der Durchgang durch das Orientierungsjahr ermöglicht eine bessere Wahl der folgenden Ausbildungsgänge in der IVF oder einer anderen Institution (z. B. Universität). Der Jugendliche, der schlicht Geld verdienen will oder dessen Begabungen für eine weitere Ausbildung nicht reichen, wird durch das Orientierungsjahr in die Lage versetzt, sich als Hilfsarbeiter besser verkaufen zu können.

Das 2. Jahr bringt für die im IVF verbleibenden Jugendlichen eine Grobwahl

des weiteren Bildungsganges (z. B. Holz-, Keramik-, Eisenverarbeitung oder kaufmännischer Bereich) und schließt ab mit dem Facharbeiterbrief.

Im 3. Jahr werden Wissen und Fertigkeiten vermittelt, die zu einer vorläufigen angestrebten Berufsausübung befähigen und die Regelausbildung mit dem Gehilfenbrief abschließen.

Ein angehängtes 4. Jahr ermöglicht eine größere Vertiefung des Wissens und eine weitere Spezialisierung.

Die Praktika dehnen sich von einem Monat im ersten Jahr bis zu vier Monaten im 4. Jahr aus. Inhaltlich wenden sie sich vom Allgemeinen zum Speziellen. Die Angebotsbreite des Baukastensystems einer IVF-Einheit in den einzelnen Spezialisierungsstufen hängt jeweils von der Größe des IVF ab. Die Ferien sind so bemessen, daß die Zeit für einen freiwilligen Ferienjob oder einer Studienfahrt von 4 Wochen neben der Erholung reicht. Die breite Grundausbildung macht die Absolventen im Arbeitseinsatz flexibler, und erforderliche Umschulungen werden erleichtert.

Alle IVF-Einheiten bilden eine Arbeitsgemeinschaft zum Erfahrungsaustausch und zur Ausbilderfortbildung.

3.4.2.3 Erwachsenenbildung

Soweit die allgemeine und politische Erwachsenenbildung subventioniert wird, müssen - um den chancengleichen Wettbewerb zu ermöglichen - die Personen und nicht die Institutionen subventioniert werden. Dies ist möglich durch den Abzug einer bestimmten Summe von der Steuerschuld bei Vorlage einer entsprechenden Quittung. Die Anerkennung der Quittung ist nicht von Bildungsinhalten abhängig zu machen.

3.4.3 Kunst und Kunsthandwerk

In einer befreiten Wirtschaft und Kultur wird die Redewendung „Die Kunst geht betteln“ der Vergangenheit angehören, denn wenn die wirtschaftliche Grundlage dafür gegeben ist, dann wird das natürliche Bedürfnis, sich und die räumliche Umwelt zu schmücken, leicht zu befriedigen sein. Jeder Künstler wird dann sein zahlendes Publikum finden. Aber auch das verkann- te Genie wird nicht darben müssen, weil es sich mit wenigen Stunden „pro- faner“ Arbeit pro Tag ernähren und kleiden kann.

Die Wege zu den Kunstfertigkeiten sollen nicht vorgeschrieben sein. Nicht ein staatliches Zertifikat legitimiert dann den Künstler für eine Arbeit, son- dern seine künstlerischen Produkte. Viele Käufer, aber auch private Förderer, werden seine Auszeichnung sein und nicht etwa ein staatlicher Orden oder Kulturpreis.

3.4.4 Medien

Die Zeitungskonzerne werden zerfallen, die Zeitungsvielfalt wird wachsen, wenn der kapitalistische Stachel aus der Marktwirtschaft gezogen wurde. Aber auf dem Wege dahin kann die Macht der Massenblätter dadurch ge- mildert werden, daß die Rückkoppelung des einseitigen Informationsflusses der Zeitungen mit dem Leser auf vertraglicher oder gesetzlicher Basis da- durch hergestellt wird, daß die Rubrik „Leserbriefe / Lesermeinungen“ einen bestimmten Umfang (z. B. 20 %) des Textteiles erhält, und daß dieser Teil von einer Leserbriefredaktion betreut wird, die von den Lesern gewählt und vom Verlag bezahlt wird.

Die Bücherproduktion und der Buchvertrieb wird keines steuerlichen Schutzes bedürfen. Und die Preisbindung, die auch heute schon fragwürdig

ist, kann wegfallen. Die Lagerhaltung wird durch den Wegfall des Kostenfaktors Zins entlastet. Die Bücher werden billiger. Die statistische Rubrik „Haushalte ohne Bücher“ wird zahlenmäßig schrumpfen.

Beim Rundfunk und Fernsehen stoßen wir wieder auf ein staatliches Monopol, das oligopolitisch angewendet wird. Wer wirklich Dezentralität, Autonomie der Informanten, Selbstbestimmung der geistigen Produzenten und die Reduzierung des Staates will, muß auch hier neue Wege gehen, auch wenn die Technik kein unbegrenztes Wettbewerbsmodell ermöglicht. Die Nutzung der Technik kann dann doch nach dem Wettbewerbsmodell angewendet werden. Parteiische Redaktionskollektive oder -gemeinschaften in privatrechtlicher Trägerschaft wetteifern mit unabhängigen Redaktionsgemeinschaften um bestimmte Sendezeiten, um den zu zahlenden Preis. Die maximale finanzielle Beteiligung in Prozenten an diesen Gemeinschaften durch Einzelpersonen und Gesellschaften kann gesetzlich begrenzt werden. Die Werbung kann - wenn sie tatsächlich eine Gefahr ist - gesetzlich ausgeschlossen werden. Diese Redaktionen müssen dann, um finanziell über die Runden zu kommen, an die Empfänger zu unterschiedlichen Preisen verkaufen. Die unterschiedlichen Einschaltungen zu erfassen, ist jedenfalls beim Fernsehen kein Problem.

3.4.5 Sport und Medizin

Der Staat hat die räum- und bebauungsplanerischen Voraussetzungen für den Sport zu schaffen, er hat eventuell vorhandene Hindernisse im rechtlichen Bereich zu beseitigen, der Staat soll und darf aber nicht der Turnvater der Nation sein.

Die Inhalte der Medizin als Heilkunst können nicht vom Staat bestimmt werden, folglich kann der Staat auch nicht Schiedsrichter über die einzelnen

Heilverfahren sein. Der Mißbrauch der Medizin ist durch allgemeine Strafgesetze und / oder durch Ausweitung der Regreßansprüche der Geschädigten zu reduzieren. Die unsinnig aufgebauchte Arzneimittelchemie in kapitalistischer Konzentration wird in sich zusammenfallen, wenn die Konzentrationsursache wegfällt, wenn die Krankenkassen wie beschrieben umgestaltet werden und wenn eine freie Kultur die Naturheilkunde wieder dem Menschen näher bringt.

3.4.6 Religionsgemeinschaften

In einer pluralistischen Gesellschaft kann es keine Staatsreligion geben. So wie die Kirchen in ihrer Lehre und Religionsausübung frei sein müssen, so muß der Staat frei sein von kirchlichen Bindungen. Auch den Religionsgemeinschaften muß ein chancengleicher Wettbewerb ermöglicht werden. Der Einzug der Kirchensteuer durch das Finanzamt ist abzulehnen. Die vom Gesetzgeber zu schaffenden Normen können bei unterschiedlichen Wertvorstellungen der Mitglieder der Gesellschaft nur nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners fixiert werden. Den Religionsgemeinschaften bleibt es unbenommen, ihren Mitgliedern größere Einschränkungen oder Gebote aufzuerlegen. Wenn kirchliche Gebote und Verbote nicht erzwungen werden, können dagegen keine Einwendungen erhoben werden.

3.5 Der Staat

3.5.1 Einschätzung und Zielvorstellungen

Der Einschätzung, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland freiheitlich zu nennen ist, stimmen wir zu. Aber trotzdem muß gesagt werden, daß dieses Grundgesetz nach dem Erkenntnisstand einer politischen Vertretung von 1949 nach deren Hoffnungen und Befürchtungen formuliert wurde. Im dtv-Taschenbuch „Grundgesetz ...“ nach dem Stand vom 01. Februar 1974 werden 31 Änderungsgesetze zum Grundgesetz ausgewiesen.

Weitere Änderungsgesetze werden sicher folgen. Die Grünen bewegen sich also durchaus im Rahmen des Grundgesetzes, wenn sie möglicherweise zum Ausbau ihrer Politik Änderungsforderungen zum Grundgesetz anmelden.

Daß weder eine grüne Politik noch eine andere die Grundrechte einschränken oder aufheben darf, versteht sich von selber. Eine freiheitliche, ökologische Politik wird eher bestrebt sein, die Grundrechte auszubauen. Die Grundrechte sind Naturrechte, die Bestandteil des Menschseins sind; sie werden durch das Grundgesetz nicht begründet, sondern dokumentiert.

Unser Staat, wie er sich fehlentwickelt hat, ist eine Art Superkonzern geworden. Der Anspruch, ein Rechtsstaat zu sein, ist mit einem Fragezeichen zu versehen; denn wenn das Recht so kompliziert ist, daß sich Rechtsspezialisten (Juristen) noch wieder spezialisieren müssen, um es zu verstehen, dann wurde damit wenigstens 95 % der Bürger die Souveränität genommen.

Der Staat hat in einem Umfange gesellschaftliche Tätigkeiten übernommen und sich in einer Höhe das Volkseinkommen angeeignet, daß wir von einer unfreien Gesellschaft sprechen können, die ihre grundgesetzlich verbrieften Freiheitsrechte verschleudert hat.

Das dezentrale, auf Selbstbestimmung gerichtete Prinzip erfordert eine radikale Reduzierung staatlicher Tätigkeit. Das Bild vom Nachtwächterstaat - eine negative Wortprägung der Staatsgläubigen, die übersieht, daß der Staat nicht schlafen darf, wenn er seine Wachaufgabe erfüllen soll - ist immer noch erträglicher als der Monsterstaat, der Leviathan.

3.5.2 Gewaltenteilung

Nach einem langen geschichtlichen Prozeß, in dem bittere Erfahrungen mit

der zentralisierten Gewalt gemacht worden sind, wurde die Lösung dieses Problems von Montesquieu (gestorben 1755 in Paris) in der Gewaltenteilung gefunden. Auch im Grundgesetz wurde sie nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus wieder verankert.

Wenn wir unsere Gewalten näher ansehen, ist nicht mehr viel von der Gewaltenteilung übrig geblieben. Vertreter der Gesetzgebung finden sich in der Regierung. Mitglieder der Exekutive haben sich in den Sattel des Gesetzgebers heben lassen. Die Parlamente sind in einem unerträglichen Maß von der Ministerialbürokratie abhängig. Die jeweilige Fraktion, die die Regierung stellt, ist gezwungen, diese zu schonen oder deren Willen die gesetzliche Segnung zu erteilen. Die Rechtsprechung operiert über ihre Grenzen hinaus. Wer Richter wird, bestimmen die beiden anderen Gewalten und nicht der Souverän, das Volk.

Eine Mindestforderung muß darin bestehen, die Doppelrollen zu unterbinden. Ein erfolgreicher Wahlkandidat muß sich entscheiden, ob er Sitz und Stimme in der Legislative oder Exekutive übernehmen will. Beamte der Staatsverwaltung und der Justiz müssen aus dem Beamtenverhältnis aussteigen, wenn sie ein Mandat im Parlament übernehmen wollen.

3.5.3 Rechtspflege

Es ist nicht einzusehen, warum das Volk nicht unmittelbar selber bestimmt, wer in ihrer Region Richter wird und welche Voraussetzungen er haben soll. Die Richterfunktion ist in einem befristeten Wahlamt auszuüben.

Die freiwilligen Schiedsgerichte für außergerichtliche Konflikt- und Schadensregulierungen mit rechtsverbindlicher Wirkung sind auszubauen.

Den klagenden und beklagten Parteien ist in Zivil- wie in Strafprozessen das Recht auf Selbstverteidigung einzuräumen. Die Beschränkung der freien Wahl der Verteidigung auf zugelassene Rechtsanwälte ist aufzuheben. Jeder, der das Vertrauen des Klagenden und Beklagten hat, soll - sofern er voll geschäftsfähig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist - die Verteidigung übernehmen dürfen.

Die Entgelte sind nicht nach dem Streitwert, sondern nach der aufgewendeten Zeit zu berechnen, wobei die Rechtsanwälte ihren Klienten vor der Vertretungsübernahme ihre Stundensätze mitteilen müssen.

3.5.4 Parteien

Nach dem Grundgesetz wirken die Parteien bei der politischen Willenbildung mit. In der Realität bestimmen die etablierten Parteien den politischen Willen allein; zudem nehmen ihre Mitglieder, eine kleine Minderheit der Gesamtwähler, eine Vorwahl der Bewerber für die Parlamente vor, die die Rechte der Wähler erheblich einschränkt.

Um die Macht der Parteien zu stützen, ist die Finanzierung der Parteien und deren Stiftungen aus öffentlichen Haushalten zu stoppen, sobald es die Grünen politisch durchsetzen können. Weiterhin sind Modelle zu entwickeln, die eine gerechtere Selektion der Parlamentarier aus dem Volke ermöglichen. Dies ist für Die GRÜNEN eine heikle Aufgabe; denn bis sie eine genügende politische Durchsetzungskraft entwickelt haben, sind sie vielleicht von dem Rauschmittel der Parteienfinanzierung abhängig geworden.

3.5.5 Außenpolitik

Die politischen Blöcke in der Welt sind ein ökologisches Ünding. Die Blöcke zermürben die kleinen Staatsgemeinschaften, gefährden den Völker- und

Weltfrieden, behindern den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch und verursachen eine unermessliche Vergeudung an Energie und Material.

Eine ökologische Außenpolitik muß genügend nationales Selbstwertbewußtsein und eine internationale Solidarität der Ökologen erreichen, um entschlossen an der Auflösung der Blöcke mitzuwirken.

3.5.6 Verteidigungspolitik

Eine ökologische Politik muß friedfertig und versöhnlich sein, wenn sie nicht zu ihren Zielen in Widerspruch geraten will. Diese Politik darf aber nicht schwächlich sein. Militärische Mittel müssen durch neue Arten der Konfliktlösung und durch die Einübung der gewaltlosen Gewalt ersetzt werden. Die Stationierung und die Anwendung von Atomwaffen ist strikt abzulehnen.

3.5.7 Steuern und Aufgabenverteilung der staatlichen Gliederungen

Die Steuern dienen dazu, die Aufgaben des reduzierten Staates zu finanzieren, die die Gesellschaft in ihren autonomen Einheiten nicht selber erledigen kann. Die Steuern sind rational für Verwaltungsaufgaben zu verwenden, was eine Verwendung zu Konjunktursteuerung ausschließt. Für eine Nivellierung der Einkommen und Vermögen sind die Steuern ungeeignet, weil sie an anderer Stelle neue Probleme und Ungleichgewichte schaffen.

Es ist auch nicht die Aufgabe des Staates, mit dem Instrument „Steuer“ bestimmte Partnerbeziehungen zu belohnen und andere finanziell zu bestrafen.

Wenn mit freiwirtschaftlichen Mitteln der Geldstreik verhindert wird, kann eine höhere Kapitalbesteuerung vorgenommen werden, ohne daß dadurch

eine Krise ausgelöst wird. Das Arbeitseinkommen selbst (dazu gehört auch der Unternehmerlohn) sollte proportional besteuert werden. Die indirekten Steuern sind zugunsten der direkten Steuern abzubauen, weil dies das Finanzgebaren im wirtschaftlichen Verkehr einfacher macht. Auch kann der Bürger dann immer direkt anhand der Gehaltsabrechnung oder des Steuerbescheides ablesen, was ihn der Staat kostet. Die Mehrwertsteuer ist erneut zu untersuchen; nach einem Gutachten von Karl Walker finden hier ungewollte Vermögensübertragungen in Milliardenhöhe statt. Außerdem begünstigt die Mehrwertsteuer die kapitalintensiven Unternehmen, während die arbeitsintensiven einen Wettbewerbsnachteil haben.

Da die Vermögensbildung nach Überwindung des Kapitalismus eine Normalverteilung ausweisen wird, da außerdem nur noch durch Arbeit neues Vermögen gebildet werden kann, können die Erbschaftssteuersätze minimiert werden, wenigstens sollten Angehörige ohne Einkommensmöglichkeiten (z. B. Behinderte), ebenso gemeinnützige Stiftungen von der Erbschaftsteuer befreit werden.

Heute ist es so, daß das föderative Prinzip in der BRD dadurch in seinem Sinn verfälscht ist, indem von oben nach unten Steuer- und Aufgabenzuweisungen erfolgen. Eine Politik, die die Dezentralisation anstrebt, muß umgekehrt die Gemeinde stärken. Die Gemeinde ist der Anfang, in dem der Bürger sich noch auskennt. Was die Gemeinde nicht erledigen kann, überträgt sie dem Stadt- oder Landkreis; dieser delegiert bestimmte Aufgaben und das erforderliche Geld an das Land usw. Dies ist vielleicht nicht generell durchzuhalten. Doch sollte es mit der Tendenz dorthin angestrebt werden.

Insgesamt wird durch den hier skizzierten Dritten Weg NATÜRLICHE-

WIRTSCHAFTSORDNUNG unser Gemeinwesen wieder durch- und überschaubar.

- Ende des Haupttextes -

Nachtrag vom Dezember 2003

a) Der Arbeitskreis Dritter Weg NWO besteht noch weiter als *Liberalsoziale in Bündnis 90 / DIE GRÜNEN*, hat nach meinem Erkenntnisstand aber keine arbeitsfähige Größe. Aus der Tatsache, daß diese Urgründungsgruppe die Verlierer der Parteigründung der Grünen geworden sind, können weder inhaltlichen Rückschlüsse noch solche auf Bedeutungslosigkeit dieses Politikansatzes für die Zukunft gezogen werden.

In der Gründungszeit der Grünen bestanden zwei Arbeitskreise Dritter Weg. Der andere nannte sich: *A3W* und hatte seinen Ausgangspunkt im Internationalen Kulturzentrum Achberg.

b) Der Erste, der im Sinne der Gründungs einer grünen Partei tätig geworden ist, war Georg Otto. Er war auch der erste Geschäftsführer des Bundesverbandes der GRÜNEN. (Er hatte sich befristet vom Schuldienst befreien lassen.) Georg Otto ist am 6. August 2003 75 Jahre alt geworden. Bis auf die Tatsache, daß er beim zwanzigjährigen Gründungsjubiläum vom Kreisverband geehrt wurde, hat er nie aus der Partei ein Dankeschön gesagt bekommen.

c) Vom Arbeitskreis Dritter Weg NWO wurde 1982 ebenfalls herausgegeben: **DIE FREIE BERUFSBILDUNGS-ASSOZIATION (FBA)**

- Ein möglicher Ausweg aus Hoffnungslosigkeit

von Tristan Abromeit

Auf rund 60 Seiten wird in diesem Heft ein Teilbereich einer neuen Gesellschaftsordnung abgehandelt, nämlich die Berufsbildung. Es werden rechtli-

che, pädagogische, ökonomische und ordnungspolitische Fragen behandelt. In der Konsequenz wird für die Realisierung eines praktischen Modells gewonnen. Die Schrift kann vom Verfasser gegen einen Kostenbeitrag angefordert werden.

Anschriften:

a) Post: Das Anschriftenverzeichnis von 1980 ist bis auf die Anschrift vom Liberalsozialen Arbeitskreis (Georg Otto, Gänseberg 11, 31079 Eberholzen / E-Mail: alternativen.dritterweg@tiscali.de) überholt.

b) Internet: Mit Hilfe einer Suchmaschine und den Stichworten: Freiwirtschaft / Natürliche Wirtschaftsordnung / Silvio Gesell / Tauschring / Humanwirtschaft findet man genügend Internet-Seiten und Foren, auf denen die Inhalte dargestellt und diskutiert oder auch verrissen werden.

(Das eine politische Position oder eine Ökonomieschule kritisiert wird, ist ganz „natürlich“. Da es hier aber um Fragen von Wohlergehen oder Elend, von Leben und Tod unzähliger Menschen geht, ist es betrüblich, daß die Kritik häufig ohne Sachkenntnis oder gar mit ideologisch gefärbten blinden Haß vorgetragen wird. Interessierte müssen sich also bei der Suche im Internet auf Überraschungen einstellen.)

c) Zeitschriften, die sich mit diesem Themenkreis befassen:

Zeitschrift für Sozialökonomie, Fragen der Freiheit, (r)evolution, Humanwirtschaft, Alternativen, espero, CGW-Rundbrief.

Anschriften und Bezugsquellen über das Internet.

d) Freiwirtschaftliche Bibliothek - Wissenschaftliches Archiv

Steenkamp 7, D-26316 Varel / Fax: 04451-956481

E-Mail: redaktion-onken@web.de

Dort sind u.a. zu haben: Silvio Gesell - Gesammelte Werke

17 Bände + 1 Registerband

und von Werner Onken: *Silvio Gesell und die natürliche Wirtschaftsordnung - Eine Einführung in Leben und Werk*, 1999, Verlag für Sozialökonomie Gauke GmbH, Lütjenburg

Stichwort:

Gesell, Silvio

Aus: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Göttingen 1965;

Verfasser: Prof. Dr. Oreste Popescu, La Plata

a: Jean Silvio Gesell wurde am 17.3.1862 als siebtes Kind des deutschen Kreissekretärs Ernst Gesell und seiner Frau Mathilde, Tochter eines wal-lonischen Rechtsanwalts, in St. Vith geboren. Da er seine Ausbildung schon im ersten Gymnasialjahr wegen Krankheit des Vaters unterbrechen mußte, entschloß er sich für den kaufmännischen Beruf. Im Jahre 1887 wanderte er nach Argentinien aus, wo er den Handel mit zahnärztlichem Zubehör so er-folgreich ausübte, daß er sich bereits nach wenigen Jahren in bester wirt-schaftlicher Position befand.

Die heftigen Schwankungen der argentinischen Wirtschaft in den 1890er Jahren erregten das Interesse Gesells auch für volkswirtschaftliche Fragen. Zwischen 1891 und 1900 veröffentlichte er eine Reihe von Schriften in deut-scher und spanischer Sprache, in denen die wichtigsten Gedanken seiner späteren Lehre bereits im Keim enthalten sind. 1900 übertrug er die Führung der blühenden „Casa Gesell“ seinem Bruder - sie wurde später von Gesells Söhnen übernommen und erfolgreich weitergeführt - und übersiedelte in die Schweiz. Von Les Hautes Geneveys (Neuenburg) und später von Eden (Oranienburg) aus, wie auch während seiner öfteren und manchmal jahre-langen Aufenthalte in Punta Chica (Buenos Aires), setzte er seine ganze

Kraft für den Ausbau seiner Lehre und seiner freiwirtschaftlichen Bewegung ein. Im Jahre 1916 erschien sein aus dem früheren Schrifttum systematisch entwickeltes Hauptwerk »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«. das im Laufe der späteren Jahre durch zahlreiche Schriften ergänzt wurde. Fast gleichzeitig rief er seine freiwirtschaftliche Bewegung ins Leben, die 1919 mit zwei treuen Anhängern, Georg Blumenthal und Ernst Frankfurth, zur Gründung des Freiwirtschaftsbundes führte. Die Bewegung dehnte sich langsam aus; zuerst in Deutschland (wo sie 1925 bereits 40000 Anhänger zählte) und in der Schweiz, dann in anderen europäischen Ländern und schließlich, nach der Weltwirtschaftskrise, im süd- und nord-amerikanischen Kontinent.

Nach bitteren Erfahrungen als Volksbeauftragter für Finanzen in der ersten Räterepublik Bayerns im April 1919 begab sich Gesell nach Rehbrücke bei Berlin, um dann 1927 wieder nach Eden zu übersiedeln, wo er an einer Lungenentzündung am 11. 3. 1930 starb.

b: Eine „natürliche Wirtschaftsordnung“ (auch „physiokratische“ oder „Freiwirtschaftliche Ordnung“), die dem Streben des Menschen nach Wohlstand und Fortschritt entsprechen will, kann nach Gesell nur unter Gewährleistung der freien Konkurrenz und der privaten Initiative erzielt werden. Die M a r x sche Lehre wird von ihm abgelehnt, nicht nur, weil sie die private Initiative aufhebt, sondern auch, weil ihre kollektivistische Therapeutik die arbeitslosen Einkommen nicht abzuschaffen vermag. Zwar leidet auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung an der Schwäche, die Ausbeutung der arbeitenden Klasse mittelbar zu fördern; das läßt sich jedoch durch die Sicherung der Startgerechtigkeit im Wettbewerb beseitigen. Deshalb sollte das Bodenmonopol gesprengt und die gesamte Rente in Form von Pachtgeldern an die Staatskasse abgeführt und der Kapitalzins durch

eine monetäre Reform abgeschafft werden.

Der Kern seiner theoretischen Lehre ist die Aussage, daß dem Geld eine zinszeugende Kraft als Eigenschaft anhaftet, weil es auf dem Markt den Waren gegenüber eine Übermacht besitzt. Das Geld, meint Gesell, schützt seinen Besitzer vor jedem Stoffverlust, und kann infolgedessen unbegrenzt gehortet werden, während fast alle Waren dem Verderb ausgesetzt sind und so dem Angebotszwang unterliegen. Infolgedessen kann der Geldbesitzer von dem Warenbesitzer eine besondere Vergütung, den Urzins, erzwingen. Der Urzins, der nicht mit dem Unternehmergewinn verwechselt werden darf, überträgt sich auf das Realkapital und bildet dadurch einen Gleichgewichtspunkt, um den der Zins aller Realkapitalien pendelt. Wer also den Kapitalzins beseitigen will, muß mit der Abschaffung des Urzinses anfangen. Das läßt sich aber nur dann erreichen, wenn dem Geld die Sparmittelfunktion genommen wird, d.h. wenn das Goldgeld durch ein mit Angebotszwang versehenes ungedecktes Papiergeld ersetzt wird. Diesen Zweck soll das Schwund- oder Freigeld erfüllen, dessen Geldwert durch progressiven Schwund (1‰ wöchentlich, somit 5,2% jährlich) ständig abnehmen soll. Die monetäre Reform ist durch eine „absolute Währung“ zu ergänzen, die Konjunkturschwankungen mittels quantitativ-theoretisch zu errechnender Indizes beseitigen soll. Da der Kapitalzins eine internationale Größe ist, sollte man ferner eine „Internationale Valuta Assoziation“ (IVA) bilden mit dem Zweck, die Zahlungsbilanzstörungen und die aus ihnen hervorgehenden Wechselkursschwankungen nach den Grundsätzen der absoluten Währung zu verhindern. Als Alternative schlug Gesell vor, ein Weltindex-Büro und ein übernationales Weltgeld zu schaffen, das nach denselben Grundsätzen von einer „World Bankers Association“ verwaltet sein soll.

C: Gesells Lehrgebäude stellt eine selbständige Leistung dar - obwohl

ähnliche Ansätze schon bei John Law, Pierre Joseph Proudhon und Carl Paltauf vorkommen -, die durch die argentmischen Währungsschwankungen angeregt wurde. Der ideologische Trend seiner Lehre, wie sie auch der heutige Name: „Freisoziale Ordnung“, kennzeichnet, liegt zwischen der sozialen Marktwirtschaft und dem liberalen Sozialismus. Gesells Theorie, deren Eckstein der schwierigste Fragenkreis der Zinslehre ist, vermag wegen ihres unzulänglichen theoretischen Unterbaus der Kritik nicht standzuhalten. Damit ist aber das Verdienst Gesells als Vorkämpfer der manipulierten Währung, der monetären Konjunkturtheorie sowie der Politik der Preisstabilität bei Vollbeschäftigung und fortschreitendem Wirtschaftswachstum unter Beibehaltung des Marktautomatismus in keiner Weise in Frage gestellt. Ausdrücklich wurde er von John Maynard Keynes, Hermann Höpker Aschhoff und in gewissem Sinne auch von Maurice Allais als Vorläufer anerkannt. Mit Keynes' gebührender Würdigung in dem 23. Kapitel seiner »General Theory« ist das wissenschaftliche Interesse für Gesells Lehre, wie dies aus den Untersuchungen etwa von Arthur O. Dahlberg, Margaret Myers, Dudley Dillard und L. Wise hervorgeht, wieder aufgelebt.

Erwähnenswert sind auch die Ausstrahlungen seiner Lehre auf die Wirtschaftspraxis, wie etwa die Ansätze zur manipulierten Währung in der argentinischen Gesetzgebung von 1899, auf die Gesell sich wiederholt bezog, oder etwa der Versuch während seiner Ministertätigkeit im April 1919, zur absoluten Währung überzugehen, dann die Schwundgeldexperimente von Schwanenkirchen (1931) und Wörgl (1932) und schließlich die 1950 ausgeführte Volksabstimmung zur Einführung der Indexwährung in der Schweiz. Nicht zuletzt darf Gesell das Verdienst in Anspruch nehmen, ein Vorkämpfer des 'Internationalen Währungsfonds' gewesen zu sein.

Literatur

Die Reformation Im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat. Buenos Aires 1891.

Nervus rerum. Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen. Buenos Aires 1891.

Die Verstaatlichung des Geldes. Zweite Fortsetzung zur Reformation Im Münzwesen Buenos Aires 1892.

Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeits-ertrag. Les Hauts Geneveys 1906. u: Die neue Lehre vom Geld und Zins. Berlin 1911; zusammen wieder abgedru u Titel: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. (Berlin 1916) hrsg v K. Walker. Lauf (Nürnberg) 1949, Kurzausg hrsg v W. Hanke u R. Batz. Lüdenscheid 1950. < The Natural Economic Order. (Berlin 1929) London 1958 >. < El orden económico natural por libre moneda y libretierra. Buenos Aires 1936 >. < L'ordre óconomique naturel. Bern, Paris u Brüssel 1948 >.

Frankfurth, Ernst: Aktive Währungsolitik. Eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Notenemission. (Berlin 1909) Erfurt 1921.

Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft. (Berlin 1919) Erfurt 1921.

Die Wissenschaft und die Freiland-Freigeldlehre. „Kritik“ und Erwiderung. Erfurt u Berlin 1921.

An die Überlebenden. Gedanken. Hrsg: F. Salzmann. (Bern 1945) Heidelberg 1948.

Über Gesell:

Enquete über die Freigeldlehre. Z f schweizerische Stat u Volkaw. Bern. 56 (1920).

Tuereke, Hans-Joachim: Marxismus und Gesell's Frelwirtschaftslehre. Diss Halle 1922.

Stillich, Oskar: Das Freigeld. Eine Kritik. Berlin 1923.

Langelütke, Hans: Tauschbank und Schwundgeld als Wege zur zinslosen Wirtschaft. Vergleichende Darstellung und Kritik der Zirkulationsreformen P. J. Proudhons und Silvio Gesells. Jena 1925.

Haber, Franz: Freiwirtschaft. HdSt«, IV (1927).

—: Geld, V: Moderne Geldreformer. HdSf, IV (1927).

- Nousan, Luis A.: Kevoluciön monetaria — dinero fusible, libre moneda — dinero mermable, perecedero o dinámico. San Juan (Argentinien) 1935.
- Dillard, Dudley: Gesell's Monetary Theory of Social Reform. Am Ec R. Menasha (Wisc.), 32 (1942).
- Lautenbaeh, Otto (Bearb): Die neue soziale Ordnung. 2. Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes zur wirtschaftlichen Neuordnung. Heidelberg 1948.
- Wise, L.: Great Money Reformers. Silvio Gesell, Arthur Kitson, frederick Soddy. London 1949.
- Schwarz, Fritz: Das Experiment von Wörgl. Bern 1951.
- Winkler, Ernst; John Maynard Keynes und Silvio Gesell. Heidelberg 1951. (Ber d Gesellsch f wirtschwiss u soziol Forsch, . [Maschinenschr).
- Walker, Karl: Die Technik der Umlaufssicherung des Geldes. Wirtsch u Gesellsch. Heidelberg, (1962).
- Schmid, Werner; Neoliberalismus und Freiwirtschaft. Zürich 1958.
- Blüher, Hans (u.a.): Silvio Gesell. Zeitgenössische Stimmen zum Werk und Lebensbild eines Pionier. Lauf (Nürnberg) 1980.
- Popescu, Oreste: Ensayos de doctrinas económicas argentinas: Manuel Belgrano, Esteban Echeverria y Silvio Gesell. La Plata 1963.

O. P.

Nachtrag zur Gliederungsziffer 3.4.2 Bildung, Dez. 2003 (siehe Fußnote 12):

Der Rückgriff erfolgt hier auf meine Ausarbeitung für den Landesfachausschuß für Kultur und Bildungspolitik der FDP vom Januar 1972. In einer längeren Auseinandersetzung mit der FDP vom November 1974 habe ich das Thema wieder aufgegriffen. Aus dieser Stellungnahme zitiere ich Nachfolgendes:

Es ist ordnungspolitisch nicht logisch, wenn Kultusminister Mahrenholz nach einem Bericht der Deister- und Weserzeitung vom 24.10.74 nur dann keine Bedenken gegen Privatschulen hat, wenn eine solche Schule einen eigenständigen Beitrag zur Pädagogik leisten könne und wolle.

Im übrigen konnte ich in einem Vortrag am 25.10.74 im Amerika-Haus feststellen, daß Herr Mahrenholz durchaus von der Leistungsfähigkeit der privaten Schulen in den USA weiß. Und man kann es ihm als SPD-Politiker nicht verübeln, wenn er versuchte, in einem Diskussionsbeitrag diese Leistungsfähigkeit der privatrechtlich betriebenen Schulen mit dem Hinweis auf die Förderung der Rassendiskriminierung abzumindern. Das Thema des Vortrages im Amerika-Haus hier: "Schulsystem in den USA". Es war

übrigens interessant, von dem Vortragenden, Herrn Joppich, Oberstudienrat aus Göttingen, zu hören, daß es in den USA für Eltern wesentlich weniger Kopfzerbrechen macht, aus einem Bundesland in das nächste umzuziehen, weil durch die Vielfalt der Schulen die Eltern überall eine Schule fänden, die ihren Vorstellungen entspräche. Daß es in den USA keine Kultusminister gibt und daß die höchste staatliche Instanz für die staatlichen Schulen auf der Ebene des Distriktes liegt, sei nur am Rande vermerkt. Sie können sich im übrigen über diesen Vortrag auch von Parteifreund Speckhahn informieren lassen.

Parteifreund Hirche geht auch auf meine Kritik an der FDP-Kulturpolitik ein. Interessant ist im Gesamtthemenzusammenhang, daß ich im Januar 1972 den Mitgliedern des Landesfachausschusses für Kultur und Bildungspolitik eine 6-seitige Stellungnahme zur Kulturpolitik überreicht habe und daß ich im Oktober 1974 zum ersten Mal von einem Mitglied dieses Ausschusses die Kenntnisnahme meiner Auslassungen bestätigt bekam.

Parteifreund Hirche schreibt: "Ihre Vorstellungen zur Schulpolitik kann ich nur nachhaltig ablehnen, weil sie dazu führen müssen, den Leistungskampf in unseren Schulen zu institutionalisieren. Staatliche Organisation des Schulwesens ist im Prinzip unverzichtbar. Dies bedeutet nicht, daß die Bedingungen für die Arbeit von Privatschulen verbessert werden können." In diesem kurzen Abschnitt zeigt sich aufgrund der mangelhaften Theoriediskussion, das Dilemma in der Bewältigung des politischen Alltags. Leistung und der verwandte Begriff Wettbewerb, deren Inhalte unverzichtbare Elemente einer freien Gesellschaft sind, haben eine völlig negative Bewertung bekommen, weil sie aufgrund der fehlenden Freiwilligkeit für viele Menschen zu einem Joch wurden.

Der kurze Absatz zeigt aber auch, das es Parteifreund Hirche schwerfällt, ordnungspolitisch sauber zu denken. Wenn im Prinzip staatliche Organisation des Schulwesens unverzichtbar ist, dann ist es unlogisch, die Bedingungen für Privatschulen zu verbessern. Das soll aber kein persönlicher Vorwurf für Parteifreund Hirche sein, denn diesen Mangel teilt er eben leider mit der Mehrzahl der Parteifreunde, und diese kranken nicht erst seit heute daran, sondern die Liberalen teilen dieses Schicksal nach Aussage von Kultusminister Mahrenholz mit den Sozialisten seit der Revolution von 1848.

Mahrenholz wollte selbstverständlich mit seiner Äußerung, die er anlässlich der Schulgesetznovellierung von sich gab und die in der HAZ veröffentlicht wurde, nicht sagen, daß Sozialisten und Liberale nicht ordnungspolitisch denken können, sondern daß sie seit dieser Zeit in Sachen Schulpolitik gemeinsame Sache machen.

Meine Vorstellungen habe ich in einer Stellungnahme zum "Vorentwurf Niedersächsisches Schulgesetz" in Form des offenen Briefes an den ehemaligen Kultusminister Prof. von Oertzen vom 26.7.73 niedergeschrieben. Dieses Papier finden Sie in der Anlage.

Selbstverständlich sind Sie nicht auf meine Äußerungen zu diesem Problemkreis angewiesen. Ich verweise an dieser Stelle nur auf die Veröffentlichungen von Ivan Illich, Leiter des Kulturcentrums (IDOC) in Mexiko, Wolfram Engels, Direktor der Stiftung "Gesellschaft und Unternehmen" und auf die Veröffentlichungen des Seminars für freiheitliche Ordnung und des Internationalen Kulturcentrums Achberg¹³. Auch in der

13 (Fußnote aus 1974) Es sei darauf hingewiesen, daß das Seminar für freiheitliche Ordnung theoretisch einen eindeutig marktwirtschaftlichen Ansatz hat; das Internationale Kulturzentrum

Theodor-Heuß-Akademie werden Sie sicherlich Protokolle von Tagungen zu diesem Problemkreis finden.

Wenn ich so "beharrlich für eine größere Freiheit des Kulturbereiches Schule in allen Stufen eintrete, dann auch darum, weil die gesellschaftlichen Teilbereiche Recht und Wirtschaft von einem monopolisierten Kulturbereich her falsch programmiert werden. Daß umgekehrt negative Impulse von einer monopolisierten Wirtschaft auf die Kultur ausgehen, versteht sich selbstredend.

Ich will versuchen, zu verdeutlichen, was ich meine. In einem Beitrag von Karla Anger mit dem Titel "Wirtschaftserziehung - eine aktuelle Aufgabe" in "Deutsche Sparkassenzeitung" vom 18.10. 74 heißt es:

"Was jahrzehntelang von vielen Seiten gefordert wurde, ist im Laufe der letzten Jahre zumindest in der Theorie Wirklichkeit geworden; Die Einbeziehung wirtschaftlicher Lehrinhalte in den Unterricht auch der allgemeinbildenden Schulen."...

Weiter unten dann:

"Die ständige Zunahme von abhängigen Positionen führte dazu, daß bereits 87% unserer erwachsenen Bevölkerung zur Gruppe der Arbeitnehmer gehört. Daraus ist die Zielsetzung entstanden, Schülern wirtschaftliche Perspektiven aufzuzeigen und Lernziele zu setzen, die eine zu erwartende Arbeitnehmersituation angemessen berücksichtigen und auf Arbeitsteilungsmobilität und Fortbildungschancen hinweisen. Daneben und im engen Zusammenhang mit der Arbeitnehmerrolle steht die Rolle eines Verbrauchers in einer Konsumgesellschaft..."

Die Zunahme der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird als Naturgesetz hingenommen. Die Schüler müssen auf ihre Rollen als Arbeitnehmer und Konsumenten vorbereitet werden. Keine Überlegung, wie man den jungen Menschen auf die Rolle des Unternehmers, sei es als selbständiger Handwerker, Fabrikant, Künstler oder sonst etwas vorbereiten kann; auch keine Überlegung, ob denn Marktwirtschaft überhaupt noch funktionieren kann, wenn der Anteil der Arbeitnehmer an den Gesamterwerbstätigen immer mehr zunimmt. Woher sollen Journalisten und Lehrer auch auf so eine Überlegung kommen, da sie ja selbst nie erfahren haben, was es heißt, ein Unternehmen alleine oder im Kollektiv zu gründen und zu führen. Beamte in den Schulen, Quasibeamte in den Rundfunkanstalten und den Zeitungsverlagen prägen das Bewußtsein der jungen Generation. Daß hier von der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch noch eine Vertreibung aus den selbständigen Berufen bewirkt wird und daß die heutigen Mitbestimmungsmodelle keine entsprechenden Ersatzfreiheiten und die an sie gekoppelten Ersatzverantwortlichkeiten bringen, steht auf einem anderen Blatt. Auch wäre der im nachfolgenden Zitat geschriebene Tatbestand nicht möglich, wenn wir wirklich ein freies Bildungs- und Forschungswesen hätten. Frei heißt in diesem Sinne: Frei von Monopolanbietern, wie auch von Monopolnachfragern. Nun das Zitat:

"Wie man nun auch immer zu dem Problem der Kernkraftwerke stehen mag, ein bezeichnendes Licht auf die Mentalität der fast ausschließlich in staatlichen Diensten stehenden Gutachter warf in Höxter Prof. Schulz vom Kernforschungs-

Achberg geht dagegen davon aus, daß es zwischen Kapitalismus (der nicht eindeutig von Marktwirtschaft unterschieden wird) und Kommunismus ordnungspolitisch eine dritte Möglichkeit gibt. Die Mitarbeiter in später genannten „Jahreskongreß Dritter Weg“ haben ordnungspolitisch unterschiedliche Ansätze.

zentrum Jülich, der sich als Sachverständiger zum Thema des Atomreaktors Würzgassen äußern sollte, stattdessen aber das eher unfreiwillige Eingeständnis machte: "Ich bin natürlich befangen, weil meine persönliche Karriere an die Entwicklung von Hochtemperatur-Reaktoren gebunden ist." (HAZ vom 14.10. ?4, S. 5).

Hier ist der Herr Professor jedenfalls noch so ehrlich und gesteht seine korrupte Geisteshaltung ein. In wieviel anderen Fällen wird uns aber unter der Flagge der Wissenschaftlichkeit etwas vorgegaukelt, ohne daß wir etwas davon erfahren, weil opponierende Wissenschaftler keine Chance haben, sich öffentlichkeitswirksam zu äußern.

In dem wirtschaftswissenschaftlichen Bereich, wage ich zu behaupten, kann die Geisteshaltung unter den Professoren nicht viel anders aussehen, denn sonst sind auch unter Berücksichtigung von Indoktrinationen die Aussagen z.B. zur Inflation und der Vermögensverteilung nicht zu verstehen. Ich kenne Aussagen, die für den Bereich der Medizin den gleichen Inhalt haben. Zu allen Übeln, die den Informationsaustausch und die Informationsselektion durch Wettbewerb anstatt durch Beschlüsse der unterschiedlichsten Gremien erschweren, kommt hinzu, daß die Parteien und Verbände in der besten Absicht, die Bürger informieren (und nebenbei für sich werben) zu wollen, eine Unmenge aus Steuermitteln und Verbandsumlagen finanziertes bedrucktes Papier scheinbar kostenlos an den Bürger verteilen. Die Folge ist, daß damit der politische Informationsmarkt kaputt gemacht wird, weil keiner dann mehr bereit ist, für eine Broschüre oder ein Buch einen kostendeckenden Beitrag zu zahlen. Die Folge davon ist wiederum, daß sich Verlage aus diesem gefährdeten Absatzbereich zurückziehen und Einzelpersonen und kleinere Gruppen keine andersartigen oder Korrekturinformationen verbreiten können, ohne zu resignieren oder kaputtzugehen. Wir haben doch bereits eine völlig verrückte Situation. Ich schreibe z.B. für eine bessere politische Ethik und muß dabei eine Reihe von moralischen Normen verletzen, um das Papier erstellen und Ihnen zustellen zu können.

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten..." heißt es im Grundgesetz, Art. 5 (1): Die Wirklichkeit ist eine Verhöhnung dieses Grundrechtes für die große Mehrheit der Bundesbürger, die Beiträge zu der politischen und kulturellen Diskussion in der Gesellschaft leisten wollen. Bei der gegebenen Struktur des Informationswesens hat dieses Recht für jene, die nicht privilegiert sind,

in den Massenmedien Raum für ihre Meinungen und Informationen zu erhalten, so viel Wert, als wenn man einem Sänger nur zubilligte, im Bereich startender Düsenmaschinen zu singen. Indizien für die Tatsache, daß wir eine wirkliche Informationsfreiheit nicht haben, sind auch folgende Fakten:

1) Das Denken ist eine Kraft, die gestalten will, sei es die Umformung eines Steines durch den Bildhauer, die Umformung von gesellschaftlichen Zuständen durch Politiker oder die Umformung von Verhaltensmustern durch Pädagogen. Wenn dieser Kraft der Gestaltungsraum genommen wird, dann wandelt sie sich unweigerlich in destruktive Aggressivität, wie wir sie bei den Extremisten beobachten können.

2) Der Mensch ist als einzelner so lernfähig, daß er aus Fehlverhalten resultierenden Schmerzen (im weitesten Sinn) durch eine Verhaltensänderung entgegensteuert, wenn nicht - durch einen pathologischen Zustand seiner selbst oder der Gesellschaft - die Rückkoppelung zu seinem Tun unterbunden ist. Diese Rückkoppelung muß in der Poli-

tik durch ein freies Informationswesen (bestehend aus Forschung, Lehre, Presse, Demonstrationen usw.) geleistet werden. Wenn wir nun dieses freie Informationswesen hätten, dann wäre das massive und andauernde Fehlverhalten in und außerhalb der Parlamente nicht denkbar.

Nehmen wir das Währungsproblem, das wie eine Krebsgeschwulst im ganzen Sozialkörper Metastasen bildet. Es ist in der Tat nicht möglich, andere als die offensichtlich falschen und tausendfach multiplizierten Diagnosen der herrschenden Wirtschaftswissenschaft wirksam in die politische Diskussion einzubringen. Sie schütteln ungläubig den Kopf? Ich berichte hier über Erfahrungen und nicht über Vermutungen.

3) Ich habe bereits gesagt, daß wir keinen funktionierenden Markt für Informationen haben (auch das antimarktwirtschaftliche, organisierte Fernsehen mit der Pauschalgebühr ist Mitverursacher, und es ist auch nicht verwunderlich, daß es soviel Dauerfernseh-Konsumenten gibt, wenn der Preis für -1 Stunde oder 100 Stunden Einschaltzeit gleich ist;);daher bedeutet es für Einzelbürger und Gruppen,die nicht subventioniert werden, jeweils ein Konsumverzicht, wenn sie anderen Bürgern eine Nachricht zukommen lassen wollen. Nun könnte man meinen, daß Kommunalparlamente, Behörden eines sich freiheitlich nennenden Staates und auch Vertreter einer sich freiheitlich verstehenden Kirche »den Informanten das mühselige und kostspielige Geschäft erleichtern. ...

Ich schildere dann konkrete Erfahrungen.

Am 17. 2. 1975 schrieb mir ein damaliger Parteifreund, Dr. jur., Geschäftsführer eines Industriebetriebes und Mitglied eines Kreisvorstandes der FDP:

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Ihr zweites Rundschreiben habe ich in diesen Tagen erhalten. Schon auf das erste Rundschreiben wollte ich Ihnen antworten, aber Sie wissen wie das ist, man findet dann nicht die notwendige Zeit.

Ich möchte Ihnen auch heute nur kurz mitteilen, daß Sie nicht mit all den Gedanken alleine stehen. Andererseits sind Ihre Gedanken so „revolutionär“, daß man einfach nicht erwarten kann, daß sie von heute auf morgen in das allgemeine Bewußtsein, auch einer FDP, eindringen werden. Geben Sie deswegen bitte nicht auf. ...

Die Frage, die mir heute kommt, ist folgende. Das Selbstverständnis bundesrepublikanischer Politik ist, daß wir eine freie Gesellschaft haben oder zumindest anstreben. Eine Freie Gesellschaft ist aber kein Naturprodukt, das man wie einen Goldschatz suchen bzw. schürfen kann, sondern ist das Ergebnis eines gedanklich entwickelten und praktisch installierten Gesellschaftssystems. Wenn nun aber Versuche der Beschreibung von Systemvoraussetzungen als revolutionär benannt werden (müssen), was ist dann bei uns in der BRD schiefgelaufen? Ende Nachtrag Dez. 2003